

Minarett = islamistische Siegestsäule!



René Kunz,
SD-Grossrat,
Reinach AG

Am 29. November 2009 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» ab. Befürworter und Gegner dieser Abstimmungs-vorlage haben ihre Klängen schon längst gewetzt. Einerseits spricht man beim Bau von Minaretten von einem Machtsymbol – andererseits beruft man sich auf die in Artikel 15 der Bundesverfassung verankerte Glaubensfreiheit.

Es ist gut zu wissen, dass in den 1970-iger Jahren rund 16 000 Muslime in der Schweiz wohnten. Jetzt, fast 40 Jahre später ist der

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

Anteil der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz sage und schreibe auf das 25-fache angewachsen; das heisst, dass sich gegenwärtig gegen ein halbe Million Menschen muslimischen Glaubens in unserem Land aufhalten (Tendenz stark steigend!). Immer mehr Muslime wenden sich von unserer Kultur ab und weigern sich sogar, sich zu integrieren; nein, viel schlimmer, sie fordern sogar Sonderrechte!

Es ist nicht akzeptabel, wenn sich Religionsanhänger im Namen der Glaubensfreiheit über die Grundwerte unserer Verfassung hinwegsetzen. Leider neigen noch zu viele Linke, Nette und kirchliche Funktionäre dazu, die Grundlagen unsere Kultur und Lebensart durch den Schmutz zu ziehen und einer sogenannten «weltoffenen Toleranz» zu opfern. Wer Toleranz gegenüber dem Islam verlangt, der sollte genauso vehement Toleranz für die Christen in den islamischen Ländern einfordern.

Minarett als Wachturm

Aber was ist eigentlich ein Minarett? Ein Minarett ist das Wahrzeichen einer Moschee und dient zudem auch als Wachturm und Siegestsäule. Ein Minarett (Leuchtturm) ist ein erhöhter Standplatz oder Turm für den Gebetsrufer (Muezzin) bei oder an einer Moschee. Von hier aus werden die Muslime fünfmal am Tag zum Gebet gerufen. Moscheen dienen auch als Symbol des Machtanspruchs politischer Führer gegenüber dem Volk. Der derzeitige türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan sagte vor einigen Jahren: «Die Minarette sind unsere Bajonette.» Das heisst doch nichts anderes, als dass der Islam eine gut eingespielte Kombination aus Religion, Politik und Staatsgewalt ist, um wahrscheinlich die Schweiz und andere europäische Staaten mit den zweckdienlichen imperialistischen Praktiken zu islamisieren. Dieser «Kampfaufruf» Erdogans sollte für uns Schweizerinnen und Schweizer ein Warnruf sein! Ein Minarett ist die zweckdienliche Plattform des Muezzins, den Ruf: «Allah ist gross, Allah ist der Grösste!» zu rufen. Man darf sich ja nicht einbilden, dass in unserem Land nie der Ruf eines Muezzins ertönen werde. Man kann wirklich davon ausgehen... wo ein Minarett errichtet wird... geht früher oder



später auch ein Bewilligungsgesuch für den Ruf des Muezzins ein. Es ist naiv, zu meinen, dass Muslime für ein Minarett kämpfen, ohne die Idee zu verfolgen, dass dieses später auch einen Zweck zu erfüllen hat. Im Kanton Luzern sind Bemühungen im Gange, der Islamischen Gemeinde den Status einer Landeskirche zu verschaffen. Damit könnte sie – wenn sie die entsprechenden gesetzlichen Bedingungen erfüllt – «Kirchensteuern» erheben. Der Wunsch nach offizieller Anerkennung kommt

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Moscheen und Minarette
- 3 Imam-Ausbildung ist staatspolitischer Selbstmord!
- 4 Die Finanz- und Systemkrise
- 6 Sturm auf Europa!
- 7 Zürichs Stadtbild bewahren: «40 Meter sind genug!»
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Couchepins Nachfolger
- 11 Der Leser hat das Wort

Minarett = islamistische Siegessäule!

Fortsetzung von Seite 1

von der Islamischen Gemeinde Luzern. Das Bildungs- und Kulturdepartement des Kantons Luzern hat die Bildung einer Arbeitsgruppe für die Anerkennung der Islamischen Gemeinschaft in die Wege geleitet. Da kann man nur noch sagen: Quo vadis christlich-abendländische Kultur!

Bald Einführung der Scharia?

Die freiheitlich und direktdemokratisch ausgerichtete Schweiz mit ihrer christlich-abendländischen Kultur anerkennt die Glaubensfreiheit und die Menschenrechte, welche aus der christlichen Ethik



entstanden sind. Zu den Menschenrechten gehört das Recht jedes Einzelnen, seine Religion frei zu wählen. Wie sehen aber die Menschenrechte des Islams aus? Der Islam ist eine politische und totalitäre Ideologie mit einem religiösen Aufbau, welcher das Menschenrecht auf Glaubensfreiheit nicht anerkennt. Die Nichtbeachtung der Glaubensfreiheit in islamischen Ländern ist nun mal eine Tatsache und kann nicht geleugnet werden. Wie ist es denn zu erklären, dass in diesen Ländern christliche Kirchen verboten sind, Christen verfolgt und sogar getötet werden? **Ein Vertreter des Irans hat bei der Vollversammlung der UN 1981 mitgeteilt, dass die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» als eine säkulare Interpretation der christlichen Tradition betrachtet würde. Muslime könnten sie daher nicht übernehmen. Er betonte, dass in seinem Land das islamische Gesetz immer den Vorrang vor der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» geniessen würde.**

Es sind auch in der Schweiz Bestrebungen im Gang, das islamische Recht vor unsere Rechtsstaatlichkeit zu stellen. Wie es um die Erhaltung unserer christlich-abendländischen Wertevorstellung bestellt ist, widerspiegelt sich darin, dass sich ein Freiburger Professor dafür ausgesprochen hat, in der Schweiz Scharia-Gerichte einzuführen. Ins gleiche Horn stösst ein

Robert Berner,
Rheinfelden

Zurück aus dem antiken Ninive am Tigris (heute Mossul), hat mir ein Pilger (ein geweihter Priester) über seine Begegnungen mit syrisch-aramäischen Christen allerhand berichtet und mich über die verzweifelte Lage der dortigen Urchristen dokumentiert.

«Die Christen gehören zu den ältesten Bewohnern des Iraks». Mit heute nur noch 3 Prozent, ist das Land 96-prozentig islamisch. Bagdad war einmal ein wichtiges christliches Zentrum. In einem Stadtteil, «Vatikan des Irak» genannt, steckten randalierende Muslime die assyrisch-orthodoxe Kirche in Brand. Es werde – jetzt wo die Amerikaner dort sind – bald kaum noch Christen in Bagdad geben.

«Christen in grosser Bedrängnis»

Dies ist ein Buchtitel (Hilfswerk «Kirche in Not» 2008). Die Schrift berichtet über den Nahen Osten, den indischen Subkontinent und China. Wir entnehmen daraus: **Ägypten** (bis 15% Christen, 84% Muslime). Christen ist es verboten, neue Kirchen zu bauen. Dabei sind die christlichen Kopten die eigentliche Urbevölkerung. Man liest von Überfällen auf koptische Klöster. **Algerien** (0,3% Christen, 97% Muslime). Dort seien 2008 30 Kir-

Mitglied der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz: «auf lange Frist werde die Schweiz an Sonderrechten und Gerichten für gewisse Bevölkerungsgruppen ohnehin nicht vorbeikommen». Folgendes Zitat des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan stützt diese Thesen und muss uns zu denken geben. Er sagte: «Demokratie ist nur der Zug auf den wir steigen bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.»

Wacht auf, Mitbürgerinnen und Mitbürger, lasst Euch nicht weicklopfen! Deshalb am 29. November 2009 Ja zum Verbot von Minaretten.

Moscheen und Minarette



Protest. Wegen der Mohammed-Karikaturen kam es zu Demonstrationen in der islamischen Welt – wie hier im pakistanischen Multan – wo die dänische Fahne dem Feuer zum Opfer fiel.

chen geschlossen worden und man befürchtet die Schliessung sämtlicher protestantischer Kirchen.

China (7% Christen, 50% Religionslose). Nicht besser steht es für Christen im religionslosen China. Es gibt sich als atheistischer Staat. Dort gibt es eine auch «Untergrund»-Kirche.

Indien (6% Christen, 74% Hindus). Dort seien (Angabe der indischen Bischofskonferenz) 65 Kirchen zerstört worden. «Die hinduistischen Landbesitzer fürchten, dass ihre (billigen) Arbeiter wegen der Ausbildung an christlichen Schulen in die Städte abwandern». Ein Grund, Christen zu verfolgen.

Indonesien (13% Christen, 55% Muslime). Es würden nun auch für Christinnen die islamischen Kleider-Vorschriften verlangt.

Israel (5,8% Christen, 77% Juden, 12% Muslime). «Die Auswanderung von Christen hat er-

schreckende Ausmasse angenommen». Meist Araber, werden sie nicht als eigentliche Staatsbürger angesehen.

Dem Sozialismus gelang es nicht, das Christentum abzuschaffen. Nun geht es dem christlichen Glaubensgut unter dem immer radikaler werdenden Islam an den Kragen. Jahrhundertlang im Vorderen Orient und auf dem Balkan zwar gegen Zahlung einer Sondersteuer geduldet, geht es heute im Orient um das Überleben, um Tod oder Auswandern.

Christen sind – auch wo sie in Überzahl – tolerant geworden.

Inquisition und Scheiterhaufen sind längst Geschichte. Wer sich heute gegen Minarette auflehnt, setzt bloss ein kleines Zeichen: Gegenrecht für den Bau christlicher Gotteshäuser in islamisch dominierten Ländern!

Ja zum Minarett-Verbot!

- Das Minarett ist die Speerspitze der Islamisierung. Es symbolisiert einen religiös-politischen Machtanspruch des Islam und hat mit Religionsfreiheit nichts zu tun.
- Das Minarett wird im Koran nirgends erwähnt und es gibt weltweit Tausende von Moscheen ohne Minarette. Die Glaubens- und Religionsfreiheit ist auch bei einem JA zum Minarettverbot nicht eingeschränkt.
- Toleranz JA – aber gegenseitig: Wir wollen in der Schweiz keine Zwangsehen, kein Kopftuch, keine Scharia-Rechtsordnung, keine Steinigungen und keine Minarette.
- Heute Minarette, morgen Minarettrufer oder die Forderung Kirchengeläute zu unterlassen und übermorgen die Scharia?
- Wer in die Schweiz kommt, hat die hiesigen Wertvorstellungen zu respektieren. Ein Minarett als Speerspitze der Islamisierung symbolisiert jedoch Integrationsverweigerung!

Imam-Ausbildung ist staatspolitischer Selbstmord!



Willy
Schmidhauser,
Präsident
SD Thurgau,
Dettighofen

Die angeregte Imam-Ausbildung in der Schweiz ist staatspolitisch überhaupt nicht haltbar. Stellungnahmen und Ausführungen dazu beweisen, dass Parteien, Institute, aber auch Experten wesentliche Aspekte und Grundsätze entweder nicht kennen oder bewusst nicht einfließen lassen.

Bevor wir in der Schweiz überhaupt Muslime aufnehmen, «integrieren» und einbürgern, wäre eine wirkliche Prüfung aller damit verbundenen Fragen dringend notwendig und sinnvoll. Leider hat einmal mehr niemand nötige Fragen gestellt, Analysen gemacht und das Volk umfassend informiert. Offensichtlich sind die Informierenden nicht informiert und zugleich geht es um den ganz grossen Profit von Wenigen, die kein Interesse haben, etwas zu hinterfragen oder zu ändern. Doch im Lande steigt das Unbehagen, Gewaltexzesse machen viele nachdenklich; sie suchen nach Erklärungen.

Das heilige Buch, der Koran, ist nicht demokratiefähig!

In unserer Verfassung ist die Gleichstellung von Mann und Frau ein Eckpfeiler, ebenso in der von uns gezeichneten UNO-Charta für Menschenrechte. Dem widerspricht der Koran diametral. In vielen Suren und Versen wird eine klare Sprache gegen die Gleichstellung gesprochen. Unsere Verfassung verlangt aber auch das «freundeidgenössische» Zusammenleben und Zusammenstehen des ganzen Volkes, ohne Rücksicht auf Gesinnung und Religion! Auch da hindert der Koran total; er teilt die Menschheit in Gläubige (alle Muslime) und in Ungläubige (alle Nicht-Muslime). Der Auftrag in etwa 60 Koransuren und Koranversen an jeden Muslim lautet: «Ungläubige sind zu vernichten mit Feuer und Schwert...!» Der Koran ist also ganz und gar nicht für eine demokratische Staatsform geeignet, freundeidgenössisches Zusammenleben zwischen Gläubigen (Muslime) und Ungläubigen (Nicht-Muslime) ist dem Muslim nicht erlaubt; das darf es gemäss Koran gar nicht geben. Trotzdem

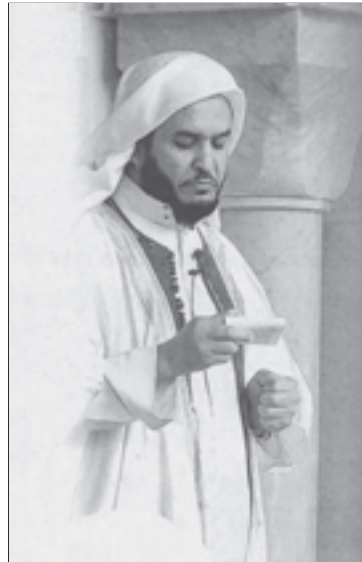
werden solche Aussagen von Unwissenden immer wieder eingebracht.

Meidet sie im Ehebett und schlägt sie

Koransure 4 sagt: «Männer sollen vor Frauen bevorzugt werden, weil Allah die einen vor den anderen begabt!» Auf gut Deutsch heisst das, der Mann ist mehr wert, als die Frau. «Und jene, deren Widerspenstigkeit ihr befürchtet, ermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie» (4,34). Stellen wir uns einmal vor, wenn dieser Züchtigungsbefehl in der Botschaft von Christus stehen würde... «Eure Frauen sind ein Saatfeld für euch; darum kommt zu eurem Saatfeld, wann ihr wollt» (2,223). Die Frau soll also jederzeit für die sexuellen Ansprüche des Mannes bereit und verfügbar sein! «Wenn in etwas ein böses Omen liegt, dann im Haus, in der Frau und im Pferd» und «Das Gebet eines Mannes wird durch das Vorbeilaufen eines Hundes, eines Esels oder einer Frau zunichte gemacht» und «Ich schaute in das Höllenfeuer und sah, dass die Mehrzahl darin Frauen waren» (Zitate Mohammeds)! Schon diese kleine Aufzählung zeigt, wie sehr Frauen im Islam entrechtet, entwürdigt, ja zu eigentlichen «Leibeigenen» der Männer gemacht werden. Der Islam ist eine totale Männerherrschaft aus dem Mittelalter. Es gibt aber noch ganz andere Suren und Verse, die selbst die kleinste Gleichstellung von Mann und Frau brutal verhindern. Der Koran ist und bleibt für alle Muslime verbindlich. Relativierung, Missachtung oder Spott über den Koran, heisst Verfolgung und Tod im Namen Allahs und zwar nicht nur in moslemischen Staaten; auch in Europa!

«Freundeidgenössisches Zusammenstehen» ist unmöglich!

Der Koran ist für jeden Moslem heilig und verbindlich, wer relativiert oder spottet, lebt nicht lange! Der Koran fordert alle Muslime auf, mit Gewalt und mit der Waffe in der Hand gegen Ungläubige zu kämpfen um zu töten. Das Substantiv «qital» (Kampf mit dem Schwert, um zu töten) kommt 67 mal vor! Es wird auch ausführlich beschrieben, wie «Ungläubige getötet und vernichtet» werden sollen. Der Islam muss also, zwingend mit der Waffe verbreitet werden – so will es das heilige Buch der Muslime! Im Islam werden Muslime durch Muslime überwacht und intensiv kontrolliert – im Auftrag des Propheten. (4,90 /



47,5 u.a.) Muslime als Schweizer Bürger müssen ganz klar ihren religiösen Auftrag allem voranstellen. Der Kampf gegen Ungläubige (Miteidgenossen) ist vorgeschrieben. Viele einfältige Bürger glauben, auch Muslime könnten ihre Religion als Privatsache in den Hintergrund stellen. Doch das ist absolut unmöglich und vielfach in anderen Ländern einsehbar. Schweizer grüssen einander (in Ehrerbietung und aus Achtung vor dem Mitmenschen) – Muslime grüssen kaum Ungläubige, allenfalls noch in der Diaspora.

Nicht-Muslime – «... das ärgste Vieh!»

In Sure 8,56 heisst es: «Die Nicht-Muslime werden von Allah wie das ärgste Vieh betrachtet.» Kämpft mit der Waffe gegen die Nicht-Muslime... bis der Islam überall verbreitet ist.» (8,40) «Der Kampf mit der Waffe ist euch vorgeschrieben...» (2,217) «Ihr sollt die Mächtigen sein!» Wie soll bei diesem Koran-Auftrag ein freundeidgenössisches Zusammenleben und vor allem auch ein Zusammenstehen je möglich sein? Allen, die auf einen «fortschrittlichen Islam» hoffen, sei aber auch Sure 98,7 zitiert: «Die Christen und Juden kommen in das Höllenfeuer und bleiben ewig darin, denn sie sind die schlechtesten Geschöpfe» – wie soll da der Glauben der Muslime zur Privatsache werden und das freundeidgenössische Zusammenleben möglich werden? «Für die Ungläubigen sind Kleider aus Feuer bereitet und siedendes Wasser soll über ihre Häupter gegossen werden, wodurch sich ihre Eingeweide und ihre Haut auflösen. Geschlagen sollen sie werden mit eisernen Keulen...» (22,19.) Kein Imam und kein Muezzin kann diesen Koranauftrag relati-

vieren oder entschärfen, tut er es trotzdem, ist er nicht mehr lange am Leben...

Fragwürdige «Forscher» der Uni Zürich!

Forscher der UNI Zürich hätten eine Untersuchung gemacht (v. 22. Juli 2009) und seien mit Moslems, Behörden, Hochschulen und Parteien – ausgenommen die SVP – einig, inskünftig Imame an den Schweizer Hochschulen auszubilden. Wie wenig hier die wirklichen Sachfragen angegangen wurden, zeigen die naiven Ausführungen der «Untersuchung» und es darf festgestellt werden, dass dies ganz sicher keine Forschung ist, die dem Bürger einmal mehr dies alles als die Wahrheit aller Dinge präsentiert wird. Es ist eine faustdicke Augenwischerei, die weder dem Lande, der Bevölkerung, noch den Muslimen gerecht werden kann. Auf diese Art «Forschung» – dazu noch von einer Universität, darf und muss inskünftig verzichtet werden, zum Wohle aller! Muslime können und wollen niemals die Religion zur Privatsache machen, wie dies Christen und andere Religionen deklarieren. Das «freundeidgenössische» kann somit auch gar nie zum Massstab aller werden, denn das hiesse für sie, den Koran zu leugnen und genau das ist absolut undenkbar und tödlich!

Faule Massen-Einbürgerungen seit Jahren...

Religion sei Privatsache; darum wird dem Bürger auch seit Jahren eingeredet, die Religion sei bei der Einbürgerung nicht massgebend! Das mag bei vielen Religionen richtig sein, aber ganz gewiss nicht beim Islam; da ist diese Aussage ein schwerer Irrtum. Das grosse Hindernis liegt im Koran selber, in den Koransuren und Koranversen. Sie sind Auftrag und Muss für jeden Muslim, keiner kann sich entschuldigen! Darum richtet sich die Masseneinbürgerung von Muslimen klar gegen unsere Verfassung. Schweizer Bürger darf nur werden, wer unsere Verfassung und die Gleichstellung von Mann und Frau achtet und respektiert. Dazu gehört auch die Achtung von anderen Religionen, natürlich auch die Zusammenarbeit und das Zusammenstehen auf freundeidgenössischer Basis mit «Ungläubigen». Über 40 moslemische Staaten haben die UNO-Charta für Menschenrechte gezeichnet, aber diese Staaten verfolgen und töten tausende

Die Finanz- und System-Krise!

Wir sind mitten drin – vorerst ohne es wirklich zu realisieren!

Der Nachsatz im Titel gilt selbstverständlich für alle jene nicht, die soeben ihren Arbeitsplatz verloren haben oder denselben demnächst verlieren werden!

Ralf Dahrendorf hat noch kurz vor seinem Tod die Entwicklung der letzten Jahrzehnte (vielleicht besser: der letzten Jahre!) mit «Vom Spar- zum Pump-Kapitalismus» beschrieben. Und tatsächlich, der Hegemonial USA mit dem fanatisch verteidigten Dollar-Währungssystem hat diesen Weg vorgezeichnet.

Während der auf gewissen Gebieten höchst anfechtbare Bill Clinton den amerikanischen Haushalt noch einigermaßen in Ordnung hielt, setzte George W. Bush ab Beginn seiner Regierungszeit auf die Schuldenmacherei: Steuerabbau für seine Protagonisten – die Reichen; Finanzierung seiner Kriege zur Ausdehnung des US-Imperiums über immer neue Staatsschulden; Pflege seiner Beliebtheit über die immer höhere Belehnung der Liegenschaften bei sinkenden Zinsen zur Stimulierung des Konsums; Abschaffung aller Beschränkungen bei der Kreditvergabe durch die Banken und schliesslich

im Verbund mit Alan Greenspan (FED) eine hemmungslose Geldvermehrung.

Und damit Verschuldung nicht bloss von Drittwelt-Staaten, sondern aller «Motoren» der Weltwirtschaft. Einige konkrete Hinweise seien hier gestattet:

– Die Gesamt-Verschuldung der amerikanischen Bundesregierung betrug im April 2009 11,2 Billionen Dollar; bei einem geschätzten Bruttoinlandsprodukt der USA im Jahr 2008 von 14,3 Billionen Dollar ergibt sich daraus eine ungefähre Verschuldungsquote von 78%;

– In Japan lagen die entsprechenden Zahlen Ende 2007 bei 6,8 Billionen Dollar mit einer Verschuldungsquote von 150%;

– In Deutschland betrug die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte 1,5 Billionen Dollar. Das bedeutet eine Verschuldungsquote von 65%;

– Frankreich wies am Jahresende 2008 Gesamtschulden von 1,3 Billionen Dollar aus. Das ist eine Verschuldungsquote von 68%;

– Zum Vergleich: Die öffentlichen Hände der Schweiz (Bund, Kantone, Gemeinden) wiesen per



Neue Qualität im Kampf gegen das Bankgeheimnis: Paradeplatz, Zürich

Ende 2008 eine Gesamtschuld von zirka 350 Milliarden Franken aus – das sind rund 58% des Bruttoinlandsproduktes. (Das war noch vor der risikoreichen Aktion des Bundes z.G. der UBS, die im schlimmsten Falle eine weitere Verschuldung von über 40 Milliarden Franken mit sich bringen kann.)

Der Vertrag von Maastricht verlangte, dass die jährliche Neuverschuldung der Euro-Länder 3% des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten dürfe und dass die Verschuldungsquote 60% des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen dürfe. Längst ist diese vertraglich fixierte Versprechung der Euro-Länder nur noch Makulatur, nachdem gewisse Länder schon zu Beginn nur mit faulen Buchhaltungstricks die Bedingungen für den Beitritt in die Euro-Zone erfüllt hatten.

Ende 2007 lag der Anteil der Staatsverschuldung der Euro-Länder bei über 66%, wobei folgende Länder besonders negativ auffielen: Italien – 104%; Griechenland – 95%; Belgien – 83% des Bruttoinlandsproduktes.

Das sind schlechte Voraussetzungen für die Bewältigung der aktuellen Krise – und vor allem – es ist offensichtlich, dass die verantwortlichen Politiker das Schuldenspiel bis zum bitteren Ende des Zusammenbruchs des Systems durchziehen wollen! Und dann werden wir das Gejammer hören: «Das war nicht vorauszusehen!» oder: «Die Herrschaften haben sich bereits ins Jenseits abgemeldet!»

Die verpassten Chancen der Schweiz!

Während unsere Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements –

Doris Leuthard, betont durch gekonnte Augenaufschläge – die Folgen der Krise für unser Land noch immer schönzureden versucht, leidet, die Exportindustrie zunehmend wegen der ausbleibenden Aufträge. Einzig die sogenannte Finanzindustrie – die aber keine Industrie, sondern ein Wettbüro ist – scheint sich bereits um die Ecke drücken zu können.

Schon lange sind wir im Fadenkreuz geldhungriger Wirtschaftshyänen der «befeundeten» Grossmächte. Es fing an mit der Erpressung der Schweiz wegen angeblicher Mitschuld an den Verbrechen der Nazis gegenüber dem jüdischen Volk, über die angeblich vermischten Vermögen jüdischer Naziopfer, die einfachheitshalber allesamt in der Schweiz vermutet wurden, und ging weiter zum Zwang, einen wesentlichen Teil unserer Goldreserven (Währungsgold!) zu einem Schundpreis zu verkaufen, und jetzt dem Druck auf unser Bankgeheimnis. Der diesbezüglich jüngste Deal zwischen der UBS und den USA – von dem der Schreibende zur Zeit keine Details kennt – dürfte wohl erneut mit Milliardenbeträgen erkauf werden müssen.

Colin Powell (Ex-General der US Army und später US-Aussenminister) forderte die Schweiz anlässlich eines Vertrages in Winterthur am 5. Januar 1998 auf, den Erpressungen nicht nachzugeben, selbst auf die Gefahr hin, die Banklizenzen in den USA zu verlieren. Dieser Rat wurde von den Topbankern rundweg abgelehnt, da sie um die Einkünfte aus dem US-Geschäft fürchteten. Damit sind wir zum Ziel immer weiterer Erpressungen geworden, da man ja nun allgemein

Imam-Ausbildung ist staatspolitischer Selbstmord

Fortsetzung von Seite 3

von Christen (alleine in Afrika gemäss UNO über 40 000 ermordete Christen pro Jahr). Auch die Schweiz hat unterzeichnet; darum muss auch jeder Neu-Schweizer, ganz egal ob Muslim oder nicht, diese Menschenrechte achten und fördern – das Gegenteil ist leider weltweit der Fall!

Imam-Studium – der grosse Denkfehler!

Wenn es also «Forscher» an der UNI Zürich gibt, die dem Volke Ratschläge erteilen wollen und Fachlichkeit vortäuschen, wo gar keine vorhanden ist, muss nicht nur von Denkfehlern ausgegangen werden, sondern von Verantwortungslosigkeit! Längst hätte nämlich die Religionswissenschaft unser Land und unsere Parteien via Medien warnen müssen, denn der Islam ist eine Kampfreigion und Männerherrschaft aus dem Mittelalter mit dem klaren Auftrag zum Mord und zur Liquidierung von «Ungläubigen»: «Kämpft mit der Waffe gegen die Nicht-Muslime...

bis der Islam überall verbreitet ist (8,40) und die Sure (4,89) verlangt die Ermordung von Konvertiten: «Wenn sie sich abkehren (vom moslemischen Glauben), dann greift sie und tötet sie, wo immer ihr sie findet...» Von Glaubensfreiheit gemäss UNO-Charta kann also keine Rede sein. Der Islam ist aber auch eine total unmenschliche Religion, die ganz sicher nie in unsere humane Schweiz passt. Der Koran verlangt von den Gläubigen die Ermordung von Mitmenschen und beteuert gleichzeitig, der (mordende) Gläubige würde im Namen von Allah und gemäss Koran handeln. Dazu folgendes: «Wenn ihr auf die stösst, die ungläubig sind, so haut (ihnen) auf den Nacken...» «...und hätte es Allah gewollt, hätte er sie selbst vertilgen können, aber er wollte die einen von euch durch die anderen prüfen...» (47,4). Der Islam missbraucht also die Gläubigen, um Missliebige im Namen Allahs umzubringen und gleichzeitig werden Muslime dauernd durch Muslime kontrolliert und überwacht!

Ein wahrhaft mittelalterliches, menschenunwürdiges System, das jeden Demokraten hellhörig machen sollte.

weiss, dass der Kleinstaat Schweiz in die Knie zu gehen pflegt, wenn nur die Drohungen hart genug formuliert werden. Interessant ist zu wissen, dass die damaligen Wortführer – die von einem Bundesrat mit Courage seinerzeit sofort zu «Persona non grata» hätte erklärt werden und denen jede Einreise in die Schweiz hätte verwehrt werden müssen – nämlich Hevesi, Singer und Fagan, wegen Vermögensdelikten verurteilt wurden.

Zudem war unser Bundespräsident so nett, in vorausseilendem Gehorsam, Milliarden für internationale Zwecke zur Verfügung zu stellen, und der Gesamtbundesrat überbot sich mit Solidar-Beiträgen an die neuen EU-Staaten (Kohäsions-Millionen).

Pickelhartes Beharren auf unseren Rechtsgrundsätzen und den gültigen Verträgen gegenüber den USA, Deutschland und der OECD ganz allgemein, die bewusste Förderung der Beziehungen mit den zukünftigen Schwergewichten der Weltpolitik (China, Indien, Russland etc.) waren und sind die einzig gültige Antwort auf die angesprochenen Erpressungen, denen gewiss weitere folgen werden. Ob die in aller Eile neu ausgehandelten Doppelbesteuerungsabkommen mit einem Dutzend OECD Ländern, um von der «Grauen Liste» zu kommen, den Befreiungsschlag bedeuten, ist noch völlig offen.

So prognostiziert z.B. der weltweit bekannte Vermögensverwalter Marc Faber, dass möglicherweise eines nicht allzu fernen Tages den Schweizer Anlegern das Gold auf Druck der Amerikaner weggenommen werden wird. Angesichts der voraussichtlich lange dauernden Rezession, ist es auch ein klägliches Versagen unserer Regierung, dass die möglichen Notbremsen gegen die Einwanderung nicht gezogen werden.

Die europäische Zentralbank in ernsthaften Schwierigkeiten!

Der bekannte und verhasste Udo Ulfkotte, deutscher, politischer Schriftsteller führte vor kurzem in seiner bekannten Offenheit aus:

«Seit 2007 haben europäische Banken ihre nicht mehr verkäuflichen, toxischen Wertpapiere als Sicherheiten für ihre Geldausleihungen bei der Europäischen Zentralbank (EZB) hinterlegt. Es ist unklar, warum die EZB das akzeptiert hat – und weiterhin akzeptiert. Demnächst droht offensichtlich der GAU.

Die EZB verfügt derzeit in ihren Tresoren über «Schrottpapiere» im Nennwert von mindestens 250 Milliarden Euro – die sie wahr-

scheinlich weitestgehend wird abschreiben müssen. Unklar ist, mit welchen Bewertungs-Ansätzen diese «Sicherheiten» in die Tresore eingebucht wurden. Die EZB hat demnach schon ab etwa 2007 im Zusammenspiel mit den nationalen Zentralbanken die Rolle einer «Bad Bank» übernommen und toxische Wertpapiere vom Markt genommen, um europäische Banken zu stabilisieren.

Da es keine Nachschusspflicht der Mitgliedsstaaten der EU in die Kassen der EZB gibt, bleibt die Frage, was geschehen wird, wenn sich die «Sicherheiten» der «toxischen Schrottpapiere» am Ende der Laufzeit tatsächlich als unsicher erweisen und gigantische Verluste bei der EZB anfallen? Das ist im Euro-Geldsystem nicht vorgesehen – die Folge dürfte ein gewaltiger Vertrauensverlust in den Euro sein. Und der EZB wird nichts anderes übrig bleiben, als im Euro-Raum die Notenpresse anzuwerfen.

Gibt es einen Ausweg?

Wir haben in den vergangenen Monaten schon mehrfach auf die Gefahren des «nur» auf Vertrauen basierenden Papiergeldes hingewiesen. Im Sonderdruck Nr. 3 der «Schweizer Monatshefte» hat sich nun Thorsten Polleit, Honorarprofessor für Finanzökonomie, dieses Themas angenommen. Ich zitiere im folgenden ausgewählte Stellen aus seinem Aufsatz:

Die Zentralbanken versuchen – mit noch mehr Kredit und Geld, bereitgestellt zu noch niedrigeren Zinsen –, die von zuviel Kredit, bereitgestellt zu niedrigen Zinsen, heraufbeschworenen Übelstände abzuwenden.

Das Herumkurieren an den Symptomen der Krise – die Akteure auf den Finanzmärkten noch stärker staatlichen Regeln, Geboten und Verboten zu unterwerfen – gefährdet die letzten Reste einer freien Marktordnung. Damit wird der Weg in eine interventionistische Befehls- und Staatswirtschaft geebnet, welche die friedvolle internationale Arbeitsteilung und damit Wachstum und Beschäftigung ernsthaft gefährden kann.

Eine Reform der Geldordnung ist unausweichlich geworden, wenn es gilt, das freie Marktsystem zu erhalten. Das Reformkonzept für gutes Geld lautet «Free Banking», das Privatisieren des Geldes, so wie von den Nationalökonominnen Ludwig von Mises (1881–1973) und Murray N. Rothbard (1926–1995) vorgeschlagen wurde. Banken könnten weiterhin als Anbieter von Einlagen und Krediten



Der Finanzplatz Schweiz leidet schwer unter der UBS.

aufzutreten. Sie würden jedoch die Geldmenge nicht mehr durch Kreditwährung erhöhen können. Und letztlich würde mit dem durch Rohstoff gedeckten Geld der chronisch auf Pump finanzierte Umverteilungsstaat an die Kandare gelegt, weil das Schuldenmachen in bisherigem Ausmass kaum mehr möglich wäre.

Freies Marktgeld ist die beste Versicherung gegen die Unbeherrschbarkeit des staatlichen Papiergeldmonopols.

Die Überlegungen von Thorsten Polleit sind von zwingender Logik. Wenn die von den USA abhängigen oder eingeschüchterten Regierungen den Mut nicht aufbringen, aus dem üblen Reigen der Schuldentürme auszusteigen, wird sich die Wirtschaft durch Schaffung von Komplementärwährungen selber helfen müssen. Ansätze hierzu sind bereits vorhanden. Ich verweise auf die Bücher von Bernard Lietaer; dieser Autor wäre Präsident Obama als Finanzminister zu empfehlen. Aber dieser würde mit Sicherheit ablehnen, da sein «Yes,

we can» durch ein «No, I can't» abgelöst werden müsste.

Würde Obama mit dem von ihm propagierten Wandel nämlich Ernst machen, käme er um eine Beschneidung der Macht der Banken und eine Beschränkung ihrer Zinsgeschäfte nicht herum.

Lincoln hat dies mit der Einführung des berühmten Greenbacks getan. Er wurde am Karfreitag dem 14.4.1865 ermordet. Kennedy kam gar nicht mehr dazu, seine geplante Finanzreform umzusetzen.

Amerikanische Präsidenten, die sich mit den Banken anlegen, leben gefährlich. Dies zeigt auch das Beispiel von James Garfield, der 1881 kurz nach folgender Erklärung erschossen wurde: «Wer auch immer die Geldmenge kontrolliert, ist in jedem Land der absolute Herr über die gesamte Industrie und den Handel...». Und wenn man sieht, wie das gesamte System auf die eine oder andere Weise ganz leicht von nur wenigen mächtigen Männern an der Spitze kontrolliert werden kann, dann braucht einem niemand zu erzählen, wie Zeiten von Inflation und Deflation entstehen.

Schon deswegen kann man über Obama nur sagen: No, he can't. Entweder er lässt den Wandel fallen oder überlebt ihn nicht!

Wir tun gut daran, unseren eigenen Haushalt in Ordnung zu bringen und unsere Regierung ist darauf zu verpflichten, die Interessen des eigenen Volkes – in aller Bescheidenheit – zu schützen.

*Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat, Köniz*

JSD  - Nordwestschweiz

Jugendparlament mit JSD

Der Jugendrat traf sich am Mittwoch, 2. September 2009, mit jungen Vertretern der Parteien zur Konstituierung des Jugendparlaments Basel-Landschaft. Anwesend waren JEVP, JSD, JCVP, PNOS, JUSO, Jungfreisinnige, Junges Grünes Bündnis und GLP. Nach eingehender Diskussion haben die Parteien mit 6:2 Stimmen beschlossen, dass alle Parteien die Möglichkeit haben sollen, im Jugendparlament vom 7. November 2009 zu partizipieren. Der Jugendrat überliess es den Parteien, diese Entscheidung zu treffen. Als Reaktion auf die Abstimmung verliessen Junges Grünes Bündnis und

JUSO die Sitzung, mit der Absicht, nicht im Jugendparlament mitzumachen. Der Jugendrat und die verbleibenden Parteivertreter bedauern diesen Entscheid.

Die Tür zum Jugendparlament steht auch in Zukunft allen Parteien und parteilosen Jugendlichen offen.

Wir freuen uns auf eine spannende erste Sitzung!

*Jugendrat, JSD, JEVP,
JCVP, Jungfreisinnige, PNOS, GLP*

 **JugendratBL.ch**

Sturm auf Europa!

Unter diesem Motto fand vom 28. bis 30. April 2006 in der Richard-Wagner-Stadt Bayreuth der Jahreskongress der anlässlich der Frankfurter Buchmesse 1960 gegründeten **«Gesellschaft für freie Publizistik e.V.» (GFP)** statt. In seiner Einführung in das Kongresssthema vor etwa 300 Teilnehmern hob der GFP-Vorsitzende Andreas Molau die zunehmende bedrohliche Masseneinwanderung aus Afrika und Asien hervor und stellte dagegen **die gemeinsame Aufgabe der abendländischen Völker, ihre Identität zu bewahren**, heraus. An diesem Kongress nahmen mehrere Historiker, Publizisten und Schriftsteller aus verschiedenen europäischen Ländern teil, um zu Problemen der Gegenwart Stellung zu nehmen. Sie alle stehen für ein starkes **Europa der Vaterländer** ein und lehnen den in Brüssel ausgeheckten eigenschaftslosen europäischen Schmelztiegel kategorisch ab.

Den ersten Vortrag hielt Rechtsanwalt Ingmar Knop aus Dessau (Sachsen-Anhalt) und schilderte gut belegt, wie es **«mit der EU in den Abgrund»** geht. Die undemokratisch zustande gekommene Verfassung der Europäischen Union bedeute eine «feindliche Übernahme», und mit Recht hätten sich Franzosen und Holländer bei den Volksabstimmungen gegen sie gewandt. Die EU-Verfassung sei ein Einfallstor für Machtmissbrauch. Die geplante Erweiterung der EU um neue Balkanstaaten und die Türkei sei abzulehnen. Der Ehrgeiz der Macher der gegenwärtigen Weltpolitik richtet sich auf die **Auslöschung der Völker Europas**, auf die Herabsetzung grosser Kulturen und die Degradierung des Subjektes Mensch zum Objekt Ding. Unter dem Decknamen «Europäische Union» schickt sich diese Brüsseler Intitution an, **die ethnische Vielfalt zu zerstören und Einfalt zu erzeugen**. Über diesem Elend der Völker Europas aber scheint die Sonne der internationalen Hochfinanz, die **ihre Politik des menschen- und völkerverachtenden Weltkapitalismus** zu einem nie dagewesenen Höhepunkt vorantreibt. Laut Knop ist das eigentliche und letzte Ziel der Europäischen Union die Ebnung der Wege für den endgültigen Triumphzug der internationalen Hochfinanz, für die **Abschaffung selbstbestimmter und ihre Kultur liebender Völker** und für deren Knechtung in einem durch nichts als schrankenlose Konkurrenz definierten **Einheitsmenschenbrot**. Ein weiterer Schritt dieses teuflischen Plans besteht in der **Zerschlagung der nationalen Volkswirtschaften** mit dem Ziel ihrer Nutzbarma-

chung für das Weltkapital, die Überführung gewinnbringender Restindustrie in die Hände **internationaler Schacherer, die sich zumeist als «Investoren»** tarnen. Gewiss ein hartes, aber doch treffendes Urteil!

Safet Babic aus Bosnien stellte in einem grossen historischen Überblick die seit Jahrhunderten immer wieder über den Balkan erfolgten Angriffe der Türken gegen Europa dar und zeigte besonders am schweren Schicksal **des einst christlichen Bosniens mit seiner eigenen Kirche** die Folgen dieses Ansturms bis in unsere Tage. Dem Vatikan war diese bosnische Glaubensrichtung ein Dorn im Auge. Also suchte der Papst 1246 mit der Entsendung von Inquisitoren die Bosnier in den Schoss der römisch-katholischen Kirche zu führen. Doch diese blieben ihrer Kirche treu. Als schliesslich 1463 die Türken Bosnien angriffen, **unterstützte der Vatikan die Bosnier nicht**, da sie nicht zum Katholizismus konvertieren wollten. **Folglich traten die Bosnier zum Islam über**. Was den durch die Osmanen in deren Eroberungsfeldzügen **in den Balkan verpflanzten Islam** anbelangt, sind nachstehende Passagen für uns von grösstem Interesse: «Heute existieren nur noch muslimische Glaubensinseln auf dem Balkan. Auffällig ist, dass der Islam von den Pro-forma-Gläubigen stark abgeschwächt gelebt wird. So beschwerten sich Araber, die während des letzten Bosnienkrieges den nordwestlichen Teil Bosniens besuchten, über die laxen Handhabung der Religion.» «Dennoch sollte man sich hüten, von einem «europäischen Islam» das Wort zu reden, wie es der Islamwissenschaftler Prof. Bassam TIBI gern tut. **Einen europäischen Islam kann es nicht geben**, da der Islam nicht aus Europa stammt und er aufgrund seiner universalistischen Ausrichtung von seinen Anhängern weltweit die gleichen Pflichten einfordert.» «Folgerichtig antwortete der ägyptische Islam-Forscher Abu ZAID auf die Frage des deutschen Nachrichtenmagazins Focus, ob so etwas wie ein toleranter europäischer Islam entstehen könne: «Um die Wahrheit zu sagen: Das ist eine absolute Utopie, falls wir uns nur auf die Reformierung des Islams in Europa konzentrieren und nicht in den Heimatländern. Muslime auf der ganzen Welt haben Satellitenfernsehen». Gleichwohl darf man sich den Islam nicht als monolithischen Block vorstellen. Der tägliche Blick in die Zeitung führt uns den blutigen Bürgerkrieg im Irak zwischen Sunniten und Schiiten und folglich die Brisanz innerislamischer Konflikte vor Augen.»



«Multikulti» ist in Europa Realität geworden!

Westliche Dekadenz

Dass die USA im Geschehen auf dem Balkan auch tüchtig mitmischen, ist eine längst bekannte Tatsache. Dazu führte Safet Babic aus: **«Die USA versuchen, mit der Schaffung von abhängigen und wirtschaftlich nicht überlebensfähigen Protektoraten ihre Kontrolle über den geopolitisch wichtigen Balkan auszubauen**. Wichtige Öl-Pipelines verlaufen schliesslich durch den Balkan. Der traditionell starke russische Einfluss wird systematisch geschwächt und das militärische Ausgreifen auf den Nahen Osten erheblich erleichtert. Mit Truppenkontingenten im Irak und der Duldung von Foltergefängnissen erweisen sich **die neuen NATO-Mitglieder Ungarn, Rumänien und Bulgarien als willfähige Handlanger des US-Imperialismus**.»

Bemerkenswert ist der Ausblick von Babic: «An der westlichen Dekadenz gehen die europäischen Völker zugrunde. Auch die Balkan-Völker merken langsam, dass allgemeiner Wohlstand und Freiheit nur leere Worthülsen sind und der scheinbar goldene Käfig des Kapitalismus einen kläglichen Rahmen für den ethnozidalen Kulturabrisse abgibt. Die Entwicklung in Bosnien-Herzegowina legt ein **beredtes Zeugnis für den völkischen Niedergang** ab.» Der Referent spielte hier auf die Arbeitslosenquote von über 40 Prozent, auf eine der niedrigsten Geburtenraten Europas, auf das Umsichgreifen der organisierten Kriminalität und das wachsende Drogenelend an und meinte treffend: Der Balkan braucht die Europäische Union nicht, um in Frieden und Freiheit das europäische Erbe zu wahren. **Solange amerikanische und türkische Interessen auf dem Rücken der europäischen Völker vertreten werden, kann es keine Freiheit in Europa geben**.

Spanien – Europas Südgrenze

Enrique Ravello schilderte wie seine Landsleute in der bisher homogen bevölkerten iberischen Halbinsel auf **die kommende Massenzuwanderung vorbereitet** wurden. In den achtziger Jahren und Anfang der neunziger Jahre war Spanien kein Einwanderungsland. Damals einen Nichteuropäer auf der Strasse zu sehen hatte Seltenheitswert. Um die Bevölkerung auf die Migrationswelle abzurichten, war es nötig, **die möglichen Abwehrreaktionen zu neutralisieren**, das Abnormale als normal darzustellen, das Zusammenleben mit Fremden als etwas Selbstverständliches zu schildern. Kurz: Es war nötig, **der Bevölkerung das geistige AIDS-Virus einzupflanzen**. (Wie es bei uns die staatliche Gehirnwaschanstalt SRG und die Systempresse schon längst tun. Red.) Erst wenn sie unter geistiger Immunschwäche litt, war sie auch bereit, Realitäten hinzunehmen, die früher völlig undenkbar gewesen wären. Bis 1994 besass Spanien nur zwei Fernsehprogramme, beide staatlich. Ab 1994 wurden Verträge mit Privatunternehmen geschlossen. **Die neuen Fernsehketten sendeten amerikanische Serien aus**. Am Nachmittag, für die Kinder und Jugendlichen, Humorsendungen **mit afro-amerikanischen Familien als Hauptdarstellern**. Am Abend, für die Erwachsenen, Sendungen, die in **eine neue multikulturelle Gesellschaft** einführen sollten. Das war die erste massive Berührung der Spanier mit den menschlichen Seiten anderer Rassen und anderer Realitäten. Zum ersten Mal erschollen durch die Medien Wörter wie «Multikultur», «Vermischung» und «Toleranz». Wenige Jahre nach der medienmässigen Vorbereitung rollte eine Einwande-

Fortsetzung Seite 7

Stadtbild bewahren: 40 Meter sind genug!

In Zürich ist ein Wolkenkratzer-Boom im Gange. In rascher Folge werden Türme von 80 oder gar über 100 Metern Höhe projektiert. Wenn jetzt nicht eingeschritten wird, entsteht in den nächsten 10–20 Jahren vor allem entlang der Limmat ein ganzer Wald von 80-Meter hohen Klötzen. Diese passen nicht in unsere kleinräumige Gelände- und Siedlungsstruktur. Sie verschandeln das Stadtbild und verstellen den Bewohnern der angrenzenden Hanglagen die Sicht auf die Landschaft.

Die **SD-Volksinitiative «40 Meter sind genug!»** will die Gebäudehöhe auf höchstens 40 Meter beschränken. Das ist immer noch sehr viel: etwa 13 Stockwerke, 10 Meter höher als der Aussichtsturm auf dem Üetliberg! Ausserdem sollen Hochhäuser, also über 25 Meter hohe Gebäude, nur noch erlaubt sein, wo sonst schon über 20 Meter hoch gebaut werden darf. Damit wird sichergestellt, dass die Hoch-

häuser das Quartierbild nicht zu sehr dominieren.

Zutreffend ist, dass auch die neue Höhenbeschränkung aufgrund des kantonalen Baugesetzes mit Gestaltungsplänen umgangen werden kann. Über diese kann aber der Gemeinderat frei entscheiden. Von ihm darf wohl erwartet werden, dass er nach Annahme der Initiative den Volkswillen respektiert und keine Gestaltungspläne mit über 40 Meter hohen Gebäuden mehr bewilligt! Das stadträtliche Argument der «Rechtssicherheit» sticht nicht. Diese bedeutet sicher nicht, dass das Volk eine Bauordnung, die sich als unzweckmässig erwiesen hat, erst nach vielen Jahren ändern darf, wenn das Stadtbild schon unwiderruflich Schaden genommen hat.

Einem Irrtum unterliegt, wer glaubt, dass mit dem Bau immer höherer Türme die Verbetonierung von Grünflächen und die Zersiedelung der Landschaft aufgehalten werden könnten. Die Wolkenkrat-



zer enthalten Unmengen von Wohn- und Arbeitsflächen für Menschen, die jetzt noch gar nicht hier sind, sondern grösstenteils aus dem Ausland zuwandern werden. Für die vielen Neuzuzüger muss die ganze Infrastruktur erstellt werden: zusätzliche Schulen, Spitäler, Strassen, Tram- und Buslinien, Einkaufsmöglichkeiten und anderes mehr. Mit der weiter zunehmenden Bevölkerungsdichte

wird auch das Verkehrschaos immer schlimmer. Die Erholungsräume im Umkreis der Stadt werden noch stärker übernutzt. Der Dichtestress für die Menschen und damit die Häufigkeit psychischer Erkrankungen nehmen zu. Rund um die Hochhäuser gibt es zwar «Freiräume», doch sind dies meist sterile Rasenflächen oder Asphaltplätze. Darunter befinden sich riesige Tiefgaragen, die gerade entlang der Limmat den empfindlichen Grundwasserhaushalt immer mehr stören werden.

Bei Zürichs Politikern und Wirtschaftsbossen herrscht der «Metropol-Fimmel». Sie glauben, Zürich müsse mit Europas Millionenstädten um die Wette wachsen. Man will hoch hinaus und vergisst dabei die Menschen, die zwischen den Beton- und Glastürmen leben müssen. Die Initiative «40 Meter sind genug!» ist die Bremse, die jetzt betätigt werden muss, damit wir Zürcherinnen und Zürcher nicht eines Tages erwachen und unsere Heimatstadt nicht wiedererkennen.

*Christoph Spiess,
e. Gemeinderat, Zürich*

Sturm auf Europa!

Fortsetzung von Seite 6

rungswelle nach Spanien. Das Jahr 1999, als der erste proamerikanische Präsident, José Maria AZNAR, an die Macht kam, gab den Startschuss. Bei den Migranten handelt es sich einerseits um Amerindios, d.h. **amerikanische Indios aus dem andino-amazonischen Raum**. Da diese Leute Spanisch sprechen und in der katholischen Religion aufwuchsen, glaubten manche Gutmenschen, es wäre leicht, sie zu integrieren. Das ist eine grundlegende Fehleinschätzung. **Das Wesentliche darf man nicht in Sprache oder Religion suchen, sondern im Erbe und Blut**. Die zweite Form der Einwanderung ist **islamisch-maghrebischen Ursprungs, d.h. aus Nordafrika**. Im Mittelalter war die spanische Marca, die spanische Mark, eine Zone des karolingischen Reiches, die der Eindämmung des Islams diente und den Kern der Reconquista bildete. Das war der Ursprung von Katalonien. Heute versetzt uns die Geschichte in eine ähnliche Lage. Spanien ist wieder die Marca, die Südgrenze Europas. Zwischen der andalusischen Küste und Afrika sind es nur 12 Kilometer. Soweit die Ausführungen Enrique Ravellos, welcher dazu noch treffend bemerkte: «Die USA sehen in Europa einen potentiellen Feind, einen wirtschaftlichen Feind, aber auch einen politischen, der die amerikanische Vorherrschaft in Frage stellt. **Eine der Waffen gegen Europa ist die**

massive Zuwanderung: Sie bringt Europa Instabilität, Konflikte und Chaos.»

Die verschiedenen am Kongress gehaltenen Referate hat die GFP in einem Sammelband veröffentlicht unter dem Titel «STURM AUF EUROPA – Europa im Fadenkreuz von Masseneinwanderung und Amerikanismus», ISBN 3-9809648-1-7, 2006, 191 Seiten, Preis: EUR 10.–

Anschrift: Gesellschaft für Freie Publizistik e.V., Sekretariat, Postfach 1216, DE-72641 Oberboihingen, Internet: <http://www.gfp-netz.de>

Neben den zitierten Vorträgen enthält das Buch interessante, aufschlussreiche Beiträge von Guillaume Faye und Pierre Krebs (Frankreich), Wjatscheslaw Daschtschew (Russland), Richard Melisch (Österreich) sowie Olaf Rose und Gert Sudholt (Deutschland).

Sollte eine schweizerische Gruppierung ähnlich wie die GFP in unseren Gefilden eine solche Veranstaltung durchzuführen gedenken, so träten sofort die Eidg. Kommission gegen Rassismus unter Führung ihres Präsidenten Prof. Georg Kreis und der ganze Rattenschwanz von Berufs-Antirassisten jeglichen Zuschnitts auf den Plan, um ein Versammlungsverbot und eine Auflösung des betreffenden Vereins zu erwirken. Aber am 1. August sprechen unsere Politiker stets überschwänglich von Freiheit und Demokratie. Ob diesem heuchlerischen Getue kriegt man unweigerlich den Brechreiz.

Max Morf

40 Meter sind genug !

Am 29. November 2009 stimmen Sie über die städtische Volksinitiative «40 Meter sind genug!» ab.

Das will die Initiative:

- Beschränkung der Höhe von Hochhäusern auf 40 Meter.
- Bau von Hochhäusern nur in Zentrumsgebieten, wo auch sonst mehr als 20 Meter Gebäudehöhe erlaubt sind.

Darum ist Ihr JA zur Initiative wichtig:

- Prime Tower, Swissmill-Silo etc.: Wenn jetzt nicht eingeschritten wird, droht Zürich ein ganzer Wald von 80 (und mehr) Meter hohen Betonklötzen.
- Wolkenkratzer passen nicht in unsere kleinräumige Gelände- und Siedlungsstruktur. Solche Riesentürme verschandeln das Stadtbild und verstellen den Bewohnern der angrenzenden Hanglagen die Sicht auf die Landschaft.
- 40 Meter sind immer noch sehr viel: ca. 13 Stockwerke, zehn Meter höher als der Üetliberg-Aussichtsturm!
- Mit dem Bau von Wolkenkratzern kann die Verbetonierung der Landschaft nicht gestoppt werden. Sie ziehen im Gegenteil Neuzuwanderer an, für die dann zusätzlich die ganze Infrastruktur (Strassen, Supermärkte, Schulen etc.) gebaut werden muss.
- Hochhäuser erhöhen die jetzt schon viel zu grosse Bevölkerungsdichte noch mehr und verschlimmern damit das Verkehrschaos.
- In der Anonymität von Hochhäusern nimmt die Kriminalität zu.

SD +
Schweizer Demokraten
national · umweltbewusst · sozial

Darum am 29. November 2009

Volksinitiative
«40 Meter sind genug!»

JA

Schweizer Demokraten (SD), Postfach 9103, 8036 Zürich, www.schweizer-demokraten.ch, PC 80-13787-2

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeleli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

Militärvelo 1945, mit Sacoche. Mostpresse 50 kg, elektrisch, 8 Jahre alt; Neupreis Fr. 2600.–. Preise auf Anfrage. Kanton Thurgau.
Telefon 079 419 43 24

Vielteiliges Dinner-Service aus den 20er-Jahren. Feines hellgraues Blättchen-Decor, leicht geschwungene Ränder. Fr. 300.–. Stadt St. Gallen.
Telefon 071 222 63 59

Spiegelreflexkamera Minolta Dynax 300si mit Tragtasche. Neuwert Fr. 850.–. Preis nach Absprache. Kanton Glarus.
Telefon 055 640 63 94

Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer Essig von Waldkirch SG, Region Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder thomas-fischer@bluewin.ch

GESUCHT:

Gesucht – günstig oder gratis:
Fotos, Ansichtskarten, Prospekte, mit Abbildungen von Menschen, Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebildung von Artikeln). Kontaktadresse: SD-Sekretariat in Bern.
Telefon 031 974 20 10,
Fax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

ZU VERSCHENKEN:

An Schweizer Familie: **1 Mountainbike** für Herren (schwarz/braun) und ein **Kindervelo** für Mädchen (rot/weiss), ohne Stützräder, neuwertig, Reifen müssen gewechselt werden. Verschiedene **Spielsachen für Kleinkinder**, neuwertig. Erwähnte Sachen müssen in Wabern abgeholt werden.
Telefon 079 239 47 39

STELLENSUCHE:

Schweizerin, 45, suche Teilzeitstelle tagsüber; prüfe alle Angebote. Erfahrungen vorhanden aus Haushalt, Reinigung und Wäsche-Besorgung. Service-Tätigkeit in Restaurant oder Café auch angenehm. Basel und Umgebung.
Telefon 078 788 93 74

Hausmann (46) und Papi, mit Handelsdiplom und mehreren Jahren Erfahrung in der Pflege in APH, sucht in **Basel oder Umgebung** eine **Teilzeitstelle** (max. 40%, vorzugsweise morgens). Dies kann auch eine Tätigkeit ausserhalb der Pflege sein. Ab sofort disponibel. Ich bin vielseitig, zuverlässig und gewissenhaft.
Telefon 061 601 75 12
helfer.pfirter@hispeed.ch

CH/ZH, 52, suche Arbeit als Lagerist, Magaziner, Druckereiarbeiter, Hilfsschreiber, Maschinist, Wächter, Zeitungsverträger. Vollzeit oder Teilzeit möglich; Fr. 3000.– monatlich oder Fr. 20.– pro Stunde. In der Probezeit nach Absprache.
Telefon 076 436 95 09

Gelernter, berufserfahrener **Schlosser**, 51, sucht neues Wirkungsfeld in Basel oder Umgebung. Auch als Monteur angenehm.
Telefon 079 446 83 45

DIENTSTLEISTUNGEN:

Schuhmacher Meister Roger Weber – Ihr Fachmann für Einlagen und alle Arbeiten am Schuh. Wetzikon und Zürich-Milchbuck. 20% Rabatt für SD-Leser. Für Termine und Fragen:
Telefon 076 450 15 34
E-Mail: rw.osm@bluewin.ch

Med. Fusspflege: 25-jährige Erfahrung, Öffnungszeiten Montag bis Freitag, durchgehend 9 bis 17 Uhr. Verena Walser Gesundheitspraxis, St. Alban-Talstr. 19, Tramhalt mit 3er St. Alban Tor, 4052 Basel,
Telefon 061 312 70 40
www.kosmetik-walser.ch

Buchhaltungen, Steuererklärungen, Lohnabrechnungen: Beratung und Soforthilfe in der ganzen Schweiz. Friedrich Auf der Maur, Volketswil/ZH
Telefon 044 946 00 51,
Fax 044 946 00 52

REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

Reise- und wanderlustige Frau sucht Person/en um die Schweiz mit OeV oder/und zu Fuss besser kennenzulernen. Ich bin im Besitze eines GA, Du/Ihr auch? Meldet Euch bitte für eine Reisebesprechung. Start in Basel.
Telefon 061 421 74 30

Ich spiele Saxofon und suche Akkordeonistin zum gemeinsamen Üben und für kleine Auftritte. Bin Glarnerin. Es würde mich freuen, wenn sich jemand meldet.
Natel 077 401 26 36

jsd-nordwestschweiz.ch
Immer am 1. und 3. Montag des Monats, **Stamm** ab 20 Uhr im Restaurant Rütli, Gerberstr. 2 in Liestal. Wir sind alles Junge! Auf unserem Tisch liegen jeweils SD-Flyer.

BEKANNTSCHAFTEN:

Berner Bär mit Bart, 184/86, 50 plus, NR/NT, sucht nette Schweizerin, 25/50 mit Freude am Reisen in der Schweiz, Camping, Baden, Sauna und Wandern. Bern +100 km. Danke zum Voraus für Ihren Anruf!
Telefon 078 814 51 23

AUSSTELLUNGSHINWEIS:

Die Suchardwelt – ein industrielles Abenteuer
Die Ausstellung zeichnet ein industrielles Abenteuer nach, das 1826 mit der Gründung einer Schokoladenfabrik durch Philippe Suchard begann. Sie bietet einen Themenparcours, der die Besucherinnen und Besucher von Serrières aus in die weite Welt führt. Wie wird Schokolade hergestellt? Inwiefern ist sie ein Schweizer Produkt? Weshalb hat Suchard 1996 sämtlicher Aktivitäten in Serrières eingestellt?
Bis Sonntag, 2. Januar 2010
Musée d'art et d'histoire
Esplanade Léopold-Robert 1
2001 Neuenburg, Tel. 032 717 79 20

Neu: Elektronische JSD-Zeitung

<http://jungeschweizerdemokraten.swissblog.ch>

SD-Facebook-Gruppe

René Kunz-SD-Grossrat AG / Marco Schällmann
«Tiere sind keine Ware»

Neue SD-Heimseite Aargau

www.schweizer-demokraten-ag.ch

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert, ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



SD Kanton St. Gallen

Alle Anlässe mit * finden in einem Saal des Restaurants Hirschen an der Rorschacherstr. 109 in St. Gallen (St. Fiden) um 19.30 Uhr statt.

- 28. Oktober: *Vortrag: E-Stoffe in unseren Lebensmitteln «Gift oder Segen?»
- 25. November *Stamm
- 4. Dezember Barbaratag (18.30 Uhr beim Waaghaus in St. Gallen)

Wahlen 2010

Gemeindewahlen
Stadt und Kanton
Zürich:

7. März

Grossratswahlen
Kanton Bern:
28. März

Alles beim Alten

Bundesrat Couchepin verlässt das sinkende Schiff – sein Nachfolger wird kaum glänzen können – im Bundesrat bleibt (vorerst) alles beim Alten!?

Am vergangenen 16. September wurde der Neuenburger FDP-Ständerat Didier Burkhalter von der Vereinigten Bundesversammlung zum Bundesrat gewählt; dies nicht unerwartet! Sein Vorgänger Pascal Couchepin hat eigentlich in seiner Bundesratskarriere nur in einer Sache Wort gehalten: Arbeiten über das 65. Altersjahr hinaus! Mit nichterledigten Problembereichen, wie den zu hohen Gesundheitskosten und den explodierenden IV-Ausgaben hinterlässt dieser im Departement des Innern ein Chaos...

Meist nur Schall und Rauch...



Pascal Couchepin

Nun glaubt Couchepin bestimmt noch – nach dem hauchdünnen Sieg bei der eidgenössischen Vorlage betreffend «Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung» vom 27. September, ein guter Bundesrat gewesen zu sein. Die ganze IV-Sache wurde nur wieder einmal «vertagt» – permanente Pflasterlipolitik nennt man dies! Burkhalter wird sich in den nächsten Jahren daran noch die Zähne ausbeissen!

Konkordanz im Bundesrat ein je-ka-mi-Spiel?

Bekanntlich erhob die CVP nunmehr Anspruch auf diesen (frei werdenden) FDP-Bundesratsitz. Der Deutschfreiburger Ständerat Urs Schwaller wurde auf den Schild gehoben! Zuerst versuchte die CVP ihren Starkandidaten als halben Romand anzupreisen (doch nach verlorener Schlacht, sagte dann sogar der Bruder von Schwaller in einem Fernsehinterview: «Schön wäre es gewesen, wenn ein Deutschfreiburger Bundesrat geworden wäre!»)

Am Wahltag, Mittwoch, 16. September, sprachen alle Fraktionspräsidenten und -präsidentinnen zur anschliessenden Ergänzungswahl in den Bundesrat, wobei

...die SVP sich für die Konkordanz und zugunsten des FDP-Kandidaten Christian Lüscher (FDP, GE) aussprach (im Verlauf der Wahl unterstützten die SVP-Parlamentarier dann doch noch FDP-Burkhalter!). Im Vorfeld dieser Ergänzungswahl brachte die SVP ihren eigenen welschen Nationalrat Jean-François Rime

(FR) als Kandidaten ins Spiel. Die SVP wusste hierbei, das Rime kein ernstzunehmender Kandidat war – er galt eher als Clown-Kandidat!

...Frau Brigitta Gadiant namens der BDP (frühere SVP-Dissidente) für die Konkordanz (Vertretung im Bundesrat gemäss der Wählerstärke der jeweiligen Partei) aussprach (und nicht für Persönlichkeiten oder den Fähigsten!). Somit erwies sie der eigenen BDP-Bundesrätin, Eveline Widmer-Schlumpf einen Bärendienst für die nächsten Gesamterneuerungswahlen! Die BDP-Sprecherin erklärte in ihrem Fraktionsvotum, dass sich ihre 6 Parteistimmen auf Schwaller und Burkhalter verteilen würden (dümmer geht's nun ja wirklich nicht mehr!). Die BDP hätte sich – auch im eigenen Interesse – zu Schwaller bekennen müssen und sich spätere Hilfe von CVP und SP «zusichern» lassen müssen. Bundesrätin Widmer-Schlumpf steht nun im Regen oder noch präziser ausgedrückt – auf der Abschussliste!

...Ursula Wyss von der SP erklärte, dass die Sozialdemokraten in der Kandidatenunterstützung gespalten seien und deshalb an Schwaller und Burkhalter Stimmen abgeben würden. Dies geschah dann auch, da die SP für die in zwei Jahren stattfindenden Gesamterneuerungswahlen in den Bundesrat (Sicherheit ihrer bisherigen 2 Sitze!) die Unterstützung bei den beiden bürgerlichen Parteien nicht ganz verlieren möchte.

2011 kommt es zur Entscheidungsschlacht

Eines ist hierbei gewiss: BR Widmer-Schlumpf wird ihren Sessel räumen müssen (eine Aufnahme und «Rettung» mit oder ohne BDP in die CVP ist unrealistisch!). Die SVP strebt offensichtlich eine rechtsbürgerliche Mehrheit im Bundesrat mit je 2 FDP und SVP-Vertretern an. Dies ist auch ein Grund, weshalb die SVP am 16. September den frei werdenden Sitz nicht selbst beanspruchte (obwohl dieser Sitz gemäss Proporz eigentlich ihr gehört!). Zudem stand der SVP kein eigener guter Kandidat aus der welschen Schweiz oder dem Tessin zur Verfügung. Die SVP beabsichtigt bestimmt auch auf kantonaler Ebene künftig vermehrt mit der FDP Erfolge einzufahren. Pikant ist jedoch hierbei, dass SVP und FDP in vielen Bereichen auch Konkurrenten sind (so wollen beide die führende Wirtschaftspartei sein!).



Didier Burkhalter

Die Dummheit der SP-Genossinnen und -Genossen

Mehrere SP-Parlamentarier waren damals mit der Schwaller-Entourage Hauptakteure bei der Blocher-Abwahl. Doch wenn in zwei Jahren wiederum zwei SP-Vertreter in den Bundesrat gewählt werden sollen (einer dieser Sitze wird auch von den Grünen bedroht!), so geht dies nicht ohne bürgerliche Hilfe. Man möchte sich die FDP nicht zum Feind machen! Hätte die SP Schwaller in den Bundesrat bringen wollen, so hätten die SP-Vertreter in den ersten Wahlgängen (taktisch!) den freisinnigen Christian Lüscher (FDP) wählen müssen und nicht halbwegs Didier Burkhalter!

Dann wäre Burkhalter bei weiteren Wahlgängen ausgeschieden und zuletzt nur noch Schwaller (CVP) gegen Lüscher (FDP) im Rennen gewesen. Schwaller hätte dann mit Sicherheit zuletzt mehr Stimmen erhalten (als moderater Kandidat) und Lüscher weniger, da dieser als Hardliner und SVP-freundlich gilt.

Schwaller hat sich selbst auf den Schleudersitz gesetzt

Den gössten Fehler hat Schwaller selbst gemacht, da er einen welschen Sitz beanspruchte und gegen welsche Kandidaten antreten musste. Hätte Schwaller zugewartet bis zu den nächsten Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2011 hätte er vermutlich bessere «Aussichten» gehabt. Dies jedoch nur mit der vollen Unterstützung der Linken und der BDP. Vielleicht wird auch Hans-Rudolf Merz noch vor den nächsten Gesamterneuerungswahlen das Handtuch werfen – denn er ist «angeschlagen» – und dies wäre die beste Chance gewesen! Nun, die Würfel sind gefallen! Ungeduld kann halt zum Unglück führen (wie beim Bergsteigen!).

Didier Burkhalter wurde auch gewählt, da er vermutlich in ähnlicher Weise (jedoch mit weniger grossen Worten!) wie sein Vorgänger politisieren wird!

Markus Bormer, Basel



Kanton Zürich

SD nominieren Walter Wobmann für den Stadtrat

Die Mitgliederversammlung der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat mit 30:0 Stimmen den in Zürich-Oerlikon wohnhaften 49-jährigen medizinischen Lageristen Walter Wobmann für die Stadtratswahlen vom 7. März 2010 nominiert.

Walter Wobmann hat sich in zahlreichen Referendumskampagnen aktiv engagiert und bewährt. Er soll die nationale, umweltbewusste und soziale Politik der Schweizer Demokraten in der Zürcher Stadtregierung einbringen. Mit seiner Kandidatur will die Partei in der Zeit des Versagens des herrschenden, einseitig auf private Profitmaximierung ausgerichteten Wirtschaftssystems ein Zeichen setzen. Walter Wobmann gehört zu den vielen tausend Schweizerinnen



Walter Wobmann

und Schweizern, die vom Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Für all diese Menschen und alle anderen, die unter der Globalisierung, Masseneinwanderung, Übervölkerung und Landschaftszerstörung leiden, will er seine Stimme erheben. Mit der Kandidatur von Walter Wobmann treten die Schweizer Demokraten auch politischen Kräften entgegen, die sich patriotisch und volkstümlich geben, aber stets arbeitnehmer- und mieterfeindlich agieren und sozial schwächere Schweizer als Schmarotzer und dergleichen abqualifizieren.



Kanton Basel-Stadt



Büros statt Fachgeschäfte?

Die «Verbannung» von Fachgeschäften und Traditionsbeizen in der Basler Innerstadt geht munter weiter. Und das Schlimmste daran: Die heutige Basler Linksregierung fördert diesen Unfug noch aktiv!

Neuestes Beispiel: Mehrere Geschäfte an der Spiegelgasse (gegenüber dem Spiegelhof mit der Polizeizentrale) und an der Blumengasse mussten vor wenigen Tagen ihr angestammtes Domizil für immer verlassen, da das kantonale Baudepartement in diese «Räumlichkeiten» einziehen will. Offenbar ist dort auch ein Kundenzentrum geplant. Was soll so eine bescheuerte Idee?



Dies war ein Teil der Aussicht aus dem ehemaligen Restaurant «Storchen» mit Blick auf den Fischmarktbrunnen.

Tatsache ist, dass der Kanton diese Liegenschaften aufgekauft hat, den dort seit vielen Jahren tätigen Unternehmern gekündigt und nun auch noch umbauen muss, was mit hohen Kosten verbunden sein wird. Dies betrifft ein Schuhfachgeschäft, einen Coiffeursalon, ein kosmetisches Institut, sowie Büros von der Sympany-Krankenkasse (ehem. OeKK), die auf der gegenüberliegenden Strassenseite ihr Hauptverwaltungsgebäude besitzt. Auch bei den erwähnten Sympany-Büroräumlichkeiten handelt es sich im Parterre um grosse Räume mit Vitrinenvordere zur Strasse hin, die umgebaut werden müssen! (diese wurden früher anders genutzt!).

Das Baudepartement als Nomadenadministration?

Pikant ist, dass das Baudepartement bis anhin beim Münsterplatz

in einem grossen altherwürdigen Gebäude untergebracht war und noch ist. Dieses Gebäude soll in naher Zukunft umgebaut und zu Eigentumswohnungen für höhere Ansprüche an bevorzugter, ruhiger Lage (auf dem Münsterhügel in der Altstadt!) umfunktioniert werden. Die Basler Regierung wünscht sich eben auch einkommensstarke Einwohner!

Vor wenigen Jahren, als es um den Bebauungsplan der Erlennmatt (ehem. DB-Güterbahnhofareal) ging, hiess es von Regierungsseite, dass sich das Baudepartement in einem grossen noch zu erstellenden Gebäude auf der Erlennmatt etablieren würde. Diese Absicht war auch richtig gewesen, denn die kantonale Verwaltung gehört nicht ins Stadtzentrum. Dorthin gehören eben Fachgeschäfte und Beizen, welche Fussgänger leicht erreichen. Die Regierenden (auch die bürgerlichen Mitbeteiligten!) sagen ja noch so gerne, dass «Basel eben anders tickt!». So ist es: **Fachgeschäfte werden aus der Innerstadt Richtung Aussenquartiere «vertrieben»,** da diese andernorts in der Innerstadt die hohen Mietzinsen nicht mehr bezahlen können. **Aber der Staat kann sich dies leisten!**

Wir erinnern daran, dass vor wenigen Jahren mit dem Traditionslokal «Storchen» beim Fischmarkt (50 Meter entfernt vom erwähnten Schuhfachgeschäft Engel) ähnliches geschah. Der «Storchen» wurde vor nicht allzu langer Zeit totalrenoviert und verfügte auch über eine grosse Terrasse und Räumlichkeiten für Vereinsanlässe. Der «Storchen» glänzte immerzu mit schwarzen Zahlen, wurde er doch jahrelang vom gleichen Géranten – mit immer gleichbleibender Equipe – gut geführt. Nachmittags trafen sich dort auch viele ältere Menschen, ja ganze Clubs für einen Schwatz oder zum Jassen! Für Touristen war das Restaurant im 1. Obergeschoss ebenfalls ein Bijou, überblickte man doch von dort den belebten Fischmarkt mit seinem historischen Brunnen in idealer Weise. Jetzt befindet sich im ehemaligen Restaurant «Storchen» ein kleines «Suppenstübli» und vor allem weitere Büros der Basler Steuerverwaltung; dies an bester Aussichtslage! Das Gebäude, in welchem der «Storchen» eingemietet war, gehörte damals zu je einem Drittel dem Kanton und der

Basler Kantonalbank, sowie der UBS! Der Kanton hatte also das Sagen und damals regierte im Regierungsrat eine bürgerliche Mehrheit. Eine Schandtat!

Immer mehr Einkäufe auf der grünen Wiese?

Heutzutage rühmen sich die sogenannten «intelligenten» Köpfe von der Pro Innerstadt und vom Gewerbeverband bis hin zur Basler Regierung, dass in Kleinhüningen soeben das grösste «Einkaufsparadies» der Nordwestschweiz namens «Stüchi-Shopping-Center» mit

120 Geschäften, einem Dutzend Gastrobetrieben und einem Hotel mit 140 Zimmern, sowie Büroräumlichkeiten entstanden ist!

Wünscht sich die Basler Regierung in der heutigen Zeit wirklich ein Einkaufszentrum mehr (gar mit nahem Autobahnanschluss) und gleichzeitig eine Innerstadt mit immer weniger Fachgeschäften (Parkplätze fehlen auch!) und guten Speiserestaurants? Die wie Pilze aus dem Boden schießenden Kebab-Stüblis sind da kein Ersatz an denen man Freude haben könnte!

Markus Borner, Basel



Erfolgreiches SD-Weiterbildungseminar in Suhr!

Die letzte SD-Kadertagung vom September befasste sich mit zwei Themenbereichen: Einerseits stand die **politische Abgrenzung gegenüber andern Parteien** im Vordergrund. Alle Anwesenden waren sich darin einig, dass auch gegenüber der SVP wesentliche politische Unterschiede bestehen. So stellt die **SD eine konsequente Oppositionspartei** dar, die auch entsprechend handelt; oft unbequem! Die SVP jedoch taktiert in vielen Bereichen (freier Personenverkehr, Ausverkauf des Heimatbodens?) von Mal zu Mal! Gewisse SVPler sind sicherlich Patrioten, aber andere sind alles andere als dies! Die SD politisieren gradlinig, nicht opportunistisch; dies gemäss Parteiprogramm! Die SVP laviert zwischen Bauernverband, Wirtschaftslobby und ehemaligen Wählern von SP/Gewerkschaften. Zudem benützt sie das Thema Asylanten vorweg als Wahllokomotive. **Gegen weiteres Wachstum hat die SVP kaum etwas einzuwenden.** Ihr Nationalrat Peter Spuhler (SVP/TG) setzt sich gar ein für freie Grenzen, damit er problemlos deutsche

Schweiser in seinen Betrieben einstellen kann! Der SVP gelingt dieser dauernde Spagat aber recht gut. Viele Mitbürger/innen bemerken deren permanente Bocksprünge nicht mal!

Andrerseits gab es an diesem Samstag auch tiefgründige Diskussionen zur Energiefrage. Die SD befürworten seit jeher einen **mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie und verlangen die Förderung erneuerbarer Energiequellen** (Wind-, Wasser, Erdwärme- und Energie aus Kläranlagen usw.). Die SVP hat mit «alternativen» Energieträgern leider nichts am Hut. Sie setzt knallhart auf den Bau weiterer Atomkraftwerke. Frage: **Wohin denn mit den radioaktiven Abfällen?**

Herzlichen Dank an den Organisator und Referenten dieses gelungenen Anlasses – Ruedi Keller! Wir freuen uns auf die kommenden Weiterbildungstage im nächsten Jahr! (Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat in Bern.)

Ueli Brassler und
Markus Borner

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

«Pro Militia», Zeitung ehemaliger Schweizer Milizen

Diese Zeitung erscheint jährlich viermal in der geringen Auflage von bloss 5000 Exemplaren. Sie vertritt gegenüber dem Militärdepartement eine unabhängig-kritische Meinung, ist aber auch Sprachrohr ausgewiesener Fachleute sowie Verbindung zur schwindenden Zahl derer, die 1939 bis 1945 dabei waren. Bemerkenswert sind dreisprachige Texte. Beiträge in italienischer Sprache zeugen von der Vaterlandsliebe der Tessiner und Puschlaver. Wertvoll sind immer Buchbesprechungen, so in Nummer 3/2009 über einen Spion, der deutsche Abschussrampen auskundschaftete und so London vor noch grösserer Beschiesung bewahrte. Und man liest, dass

es unmöglich ist, Schweizer gegen Seeräuber einzusetzen, die «auf übermotorisierten Schlauchbooten heranrasen, um mit schweren Maschinengewehren, Raketenwerfern, automatischen Gewehren, geldgierig und todesmutig anzugreifen».

Persönlich beschäftigt mich ein eben erschienen Buch in italienischer Sprache von Korpskommandant a.D. Vigilio Massarotti (MuttENZ). Ein anderes (von Jürg Stüssi-Lauterburg) «Freier Fels in brauner Brandung» (Herausgeberin Pro Libertate) lese ich zur Zeit. Dieses sei ein «letzter Dank an die aussterbende Generation», der auch ich angehöre.

Robert Berner, Campestro TI

Darum leeren sich die Kirchen!

Der **Rat der Religionen** lehnt die «Minarett-Initiative» (Abstimmung am 29. November 2009) als «Missbrauch der Religion durch die Politik» ab. «Juden, Christen und Muslime bemängeln, die Initiative erzeuge Misstrauen in der Bevölkerung», argumentierte der Präsident des Rates, Thomas Wipf. Er ist auch Präsident des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes. Herbert Winter, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, mahnte ebenfalls, «Religion für politische Stimmungsmache zu missbrauchen» und Bischof Kurt Koch, Präsident der Schweizerischen Bischofskonferenz warnte, «unsere Religionsfreiheit beinhaltet auch, dass die verschiedenen Religionsgemeinschaften ihren Glauben sichtbar leben dürfen». Offenbar wissen die Schweizer Bischöfe und ihre evangelischen Kollegen gar nicht, was vom Minarett herab tatsächlich gerufen wird!

Es sind sieben Sätze, oft mehrfach wiederholt – total 16 Sätze. Nur zwei Sätze rufen zum Gebet! Alle anderen, also 14 Sätze sind reine, religiöse Hetze gegen andere Religionen und deren Gottheit. Wem also der religiöse Friede in unserem Lande ein Anliegen ist, der muss unbedingt Minarette verhindern und somit klar Ja zur Minarett-Initiative sagen. Nur sie kann in unserem Lande diese «Gebetsrufe» verhindern! Unser Volk stören aber



noch ganz andere Dinge: In über 40 Staaten, welche die UNO-Charta für Menschenrechte unterschrieben haben, werden Christen und andere blutig verfolgt. In Afrika nennt die UNO pro Jahr 40 000 Ermordete durch Muslimhand. Niedergebrannte Schulen, Spitäler, Kirchen und Lehrstätten sind weitere UNO-Angaben. Dazu kommen hunderttausende vertriebene, verkaufte, versklavte, vergewaltigte, zumeist junge Menschen – eine absolute Katastrophe. Wenn unsere Kirchen Toleranz predigen wollen, dann bitte im Gegenzug und nicht einfach argumentieren wie Bischof Koch: «Wir sind ein tolerantes Land!» Das ist zu einfach, Herr Koch; wir haben eine Verantwortung gegenüber den leidenden Glaubensbrüdern in Afrika! Wer sich hier auf Toleranz beziehen möchte, soll bitte dafür sorgen, dass in moslemischen Staaten die gleichen Rechte auch anderen Religionsangehörigen zugestanden werden! Oder sollen sich unsere Kirchen noch mehr leeren?

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Es wird eng...

...in unserem kleinen Land. In rasantem Tempo werden unentbehrliche Landwirtschafts- und Erholungsflächen verbetoniert. In Zürich-Affoltern zum Beispiel wurden schon grosse Grüngelände zerstört. An ihrer Stelle entstanden hässliche Überbauungen für 5000 neue Einwohner. **Und die ganze Bauerei hat nichts genützt.** Die Wohnungsnot ist geblieben, weil wegen Personenfreizügigkeit und Asyltourismus immer mehr Menschen nach Zürich drängen.

Auch in anderen Quartieren ist es nur eine Frage der Zeit, bis die letzten Grüngelände der Überbevölkerung zum Opfer fallen. Denn noch immer haben viele Politiker den «Metropolen-Fimmel» und meinen, Zürich könne es nur gut gehen, wenn Stadt und Agglomeration immer noch grösser werden. In letzter Zeit werden immer öfter **ganze Wohnsiedlungen abgebro-**

chen und durch viel dichtere und höhere Überbauungen ersetzt. Die jüngsten Beispiele gibt es beim Triemli und an der Gutstrasse in Wiedikon. Die vielen Einwanderer brauchen schliesslich Wohnraum. Lohndumping-Arbeiter aus EU-Ländern ebenso wie nicht integrierbare Wohlstands-Trittbrettfahrer zum Beispiel aus Afrika. Die Leidtragenden sind bisherige Mieter, die ihre **günstigen Wohnungen verlieren** und in teure Neubauwohnungen ziehen müssen, die sie gar nie gewollt haben. **Das droht auch anderen Stadtteilen** mit vielen Genossenschafts- und städtischen Siedlungen aus den Fünfziger- und Sechzigerjahren. Jetzt braucht es

Widerstand statt Resignation!

Darum ab jetzt bei jeder Wahl **national – umweltbewusst – sozial**
Schweizer Demokraten

**Der Leser hat
das Wort**

In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Das schöne Oberland wird zubetoniert!

An einem der wunderschönen Frühlingssonntage bin ich einmal mehr von St. Meinrad (am Etzel) zum Stöcklichrütz/Guteregg gewandert. Diese Strecke gehe ich öfters, sie gefällt mir.

Auf einer Anhöhe legte ich den Stundenhalt ein, diesmal mit dem Ausblick auf Zürichsee/Zürcher Oberland. Was ich jetzt feststelle, erschreckt mich zutiefst. Die wunderschöne Landschaft wird in Windeseile zubetoniert. Einst machte ich mir so meine Studien über die einzelnen Dörfer Rüti, Bubikon, Wolfhausen, Hinwil, Esslingen, Wetzikon, Uster und viele andere. Jetzt rechne ich mir aus, wenn das so weitergeht, liegt bis in einem,

zwei Jahrzehnten ab Rapperswil-Jona über diese oben aufgeführten Orte ein grauer Teppich, sprich eine einzige Stadt. Verbaute Natur, urbanisiert bis ins Detail. Genau das, was an beiden Ufern am Zürichsee bereits vollzogen ist. Warum gibt es nicht mehr Menschen, die das ebenfalls beobachten und sich einsetzen für den Inhalt solch unsinniger Bauerei? Warum denken nicht mehr Menschen an ihre Kinder oder Kindes-kinder. Es kann doch nicht sein, dass jede grüne Wiese, jedes Auenwäldli, jedes Rapsfeld lieblos überbaut wird. Oder wenn ja, warum ist das so?

Rita Wirth, Jona

Warum nicht «USA bashing»?

«Auf die Schweiz einschlagen» ist in den USA als «Switzerland bashing» bekannt. Warum nun kein «USA bashing»? Schliesslich haben die USA die Weltwirtschaftskrise verursacht. Allein unser Land wurde von Lehman Brothers, Madoff sowie durch faule Subprime-Hypotheken (von betrügerischen US-Ratingagenturen mit zu hohen Bonitäten bewertet) um 1.5 Billionen Franken (das sind 1500 Milliarden) geschädigt. Als Folge verloren viele Schweizer ihre Ersparnisse ganz oder teilweise. Wie hätten wohl die USA reagiert, wenn sie von Schweizer Banken um eine solche Summe betrogen worden wären? Warum aber ist die Schweiz im Visier der USA und nicht umgekehrt? Am Bankge-

heimnis kann es nicht liegen, denn allein die britischen Kanalinseln verwalten mit 6650 Milliarden Dollar gegenüber 5500 Milliarden der Schweiz mehr Vermögen. Steueroasen gibt es in aller Welt, sogar in Wyoming, Delaware und Miami/USA. Weshalb also? Die Allianz Berlin – Paris – London – Washington will offensichtlich von der Unterwürfigkeit unserer Landesregierung, speziell aber des Bundespräsidenten Merz, der den Aggressoren nicht einmal annähernd gewachsen ist, profitieren, indem sie den Finanzplatz Schweiz als unliebsamen Konkurrenten schwächt. Sonst hätte sie längst ihre eigenen Steueroasen ausgetrocknet!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Deutschland hat gewählt – und wie?

In Berlin durfte der arbeitslose Ägypter Reda Seyam (siehe auch unter google: reda seyam) mittlerweile Passdeutscher, vor Gericht das Recht einklagen, seinen Sohn «Djihad» (Glaubenskämpfer) nennen zu dürfen. Mitsamt seiner insgesamt 6 Kinder bezieht der langbärtige gläubige Moslem monatlich 3500 Euro Sozialhilfe. Selbstverständlich wurden auch die Prozesskosten vom Steuerzahler übernommen. Das Sozialamt ernährt also seine gesamte Familie und finanziert ihm auch noch sein Recht, sein eigenes Kind auf den heiligen Krieg und damit den Kampf gegen alles Deutsche einzuschwören zu können. **Nur so weiter, Frau Bundeskanzlerin Merkel!** In Berlin hat ein muslimischer Jugendlicher vor Gericht erstritten,

dass er in seiner Schule einen eigenen Raum zum Beten zugewiesen bekommt, da er unbedingt während der Schulzeit beten müsse. Damit ist klar, was als nächstes kommt: Ein muslimisches Mädchen fordert vor Gericht ebenfalls einen eigenen Gebetsraum, da es ja nicht zusammen mit Jungen beten darf. Und in der Schweiz? Die Jungsozialisten (Juso) haben vor einigen Tagen ein Positionspapier verabschiedet, worin sie die Trennung von Staat und Kirche – und hierbei auch verlangen, dass die Kruzifixe in den Schulzimmern ein für allemal entfernt werden müssen.

Wird dies etwa Muslime in der Schweiz von ihrem «Glaubensauftrag» abhalten?

B.O. Bachter, Zermatt

Grippen, Grippen, Grippen

Was der Mensch doch alles ertragen muss. Die Vogelgrippe, Charaktergrippe, Parlamentariergrippe, Wirtschaftsgrippe, Bankengrippe – und weil all diese Grippen zu keinen medialen Schlagzeilen mehr taugen, hat man kurzerhand die Schweinegrippe erfunden. In einer kurzen Mitteilung haben sich die SRG und ihr nahe stehende Medien bei der WHO bedankt, dass diese ihnen mit dieser Nachricht aus einer «news-armen Zeit» heraus geholfen haben. Lange Zeit musste sich die SRG lediglich mit drei Schlagzeilen begnügen: Mit der Banken- und Wirtschaftsgrippe – mit der Tötung einer jungen Frau durch einen Schweizer (die Tötung einer jungen Schwei-

zerin durch einen Exil-Jugoslawen war kaum der Rede wert) und jetzt als Erlösung dieser news-schwachen Zeit: die Schweine- und Pensionskassengrippe. Doch waren die letzten sechs Monate so nachrichtenarm? Themen gäbe es viele. Die verfehlte Personenfreizügigkeit führt nun dazu, dass die jugendlichen Schul- und Lehrabschlussgänger keine Lehrstellen, beziehungsweise keine Anstellungen finden.

Auch der voreilige Beschluss, die Arbeitslosen-Bezugsfrist auf 18 Monate zu verlängern, hilft den Jugendlichen nicht weiter, sondern schadet ihnen. Dass ihnen Personen aus den EU-Ländern die Arbeit wegnehmen, weil diese auch für 20

Franken arbeiten und dies natürlich ohne die Abgaben an die Sozialwerke zu leisten, hilft nicht bei der Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit.

In kürzlichen Abendnachrichten des SF1, als es um einen eventuellen Stopp der Arbeitskräfte aus dem EU-Raum ging, sagte Thomas Daum wörtlich, das Problem seien nicht die qualifizierten Arbeitskräfte, sondern die Tausenden unqualifizierten Arbeitskräfte aus dem Ausland, die nun unsere Sozialwerke strapazieren. Dem Volk hat man aber stets erklärt, dass nur qualifizierte Arbeitskräfte in die Schweiz gelassen werden. Im Club vom 12. Mai 2009 zeigte es sich einmal mehr, welche Bevorzugung die Gewerkschaften und SPS vom Schweizer Fernsehen erhalten. Rita Schiavi von der UNIA geht erst gar nicht auf die sich anbahnende Pensionskassengrippe ein, sondern polarisiert andauernd, ohne überhaupt auf das Kernthema «Pensionskassen – wie weiter» einzu-

gehen. Sie will uns tatsächlich glauben machen, dass alle schuld seien, nur nicht die Gewerkschaften und die SPS. Gemäss neusten Erhebungen haben die von Links-Grün geführten Städte und Kantone die mit Abstand schwächsten Deckungen ihrer Pensionskassen. Zum Teil nur noch 68 Prozent, wie Basel-Stadt. Auch der SBB, einem Liebling der Gewerkschaften, fehlen 4 Milliarden. Frau Schiavi hat wohl vergessen, dass in den Pensionskassen die Stiftungsräte der Arbeitnehmerseite so stark wie die der Arbeitgeberseite vertreten sind. Ist es wirklich der Wille unseres Volkes, so skandalös regiert zu werden? Es kann nur zwei Antworten geben. Wenn «Nein», muss es das Volk ganz schnell ändern. Wenn «Ja», müssen wir die, welche an einen solchen Staat keine Steuern mehr entrichten wollen, verstehen. Ein Land, das seinen Bürgern keine Zukunft bieten kann, zerfällt!

Walter Ostermeier, Oberschan

Einbürgerungen

Wie oft lesen wir von jugendlichen Delinquenten aller Art, die zwar Schweizer Bürger seien, aber mit «Migrationshintergrund». Auch bei den Rekrutenprüfungen sei das Versagen in dieser Gruppe auffallend. Nicht einmal die sprachliche Verständigung sei genügend. Was bedeutet dies für uns?

Dass wir – wenn wir nicht verfremdet werden wollen – Einbürgerungsgesuche nur noch von Erwachsenen mit einwandfreiem Leumund entgegennehmen nach bestandenen Prüfungen in einer unserer Landessprachen – mündlich und schriftlich –, Verfassungs-

kunde und erwiesener Erwerbstätigkeit. Kinder sollen nicht automatisch miteingebürgert werden, sondern sich erst als Erwachsene um ihre eigene Einbürgerung nach oben genannten Bestandenen Prüfungen bewerben können, vorausgesetzt ein untadeliger Leumund. Nur solche Massnahmen können verhindern, dass unsere eigene Jugend von der uns fremden Lebensweise und Gesinnung abgehalten und im Bewusstsein gestärkt wird, dass ein Schweizer Bürger zu sein, Ehre und Pflicht zugleich bedeutet.

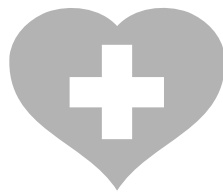
Ruth Weber, Paspels

Mehr Härte statt falsche Humanität!

Solange wir «Muskelhelden» vergöttern, eine total falsche «Humanität» pflegen, anstatt mehr Härte walten zu lassen, sind sogenannte psychologische Überlegungen bloss «Baldrian». Früher hatte die Strafe den Sinn, über den «Blödsinn», den man angestellt hatte, nachzudenken. Heute landet sogar ein Mörder in einem (mindestens) Vier-Sterne-Hotel, anstatt dass er hart arbeiten muss für sein Brot, um auch zu wissen, dass er nicht auf Kosten der Steuerzahler seine «Strafe» absitzen kann. Kennen Sie die Geschichte der «Verdingkinder»? Damals existierte noch keine «Industrie von So-

zialarbeitern», die heute im Namen von «Humanität» übertherapiert. Zudem gibt es die lahmen Behörden und psychiatrischen Gutachter, die immer irgendwo «mildernde Umstände» finden. Dort liegt der Hase im Pfeffer! Und jene, die das wissen und ändern könnten, drücken einfach beide Augen zu. Was fehlt, ist vor allem Respekt vor dem Leben (Erziehungsfrage). Albert Schweitzer schrieb: «Wenn einer in die Kirche geht, ist er noch lange kein Christ; wer in einer Garage steht, ist auch kein Auto.» – Und jene, welche die Realitäten kennen, tun nichts!

Margrit Spiess, Clugin GR



Votation du 29 novembre 2009: Initiative populaire fédérale contre la construction de minarets

Le minaret et sa signification



Ueli Brasser,
Président central
DS, conseiller
communal,
Zürich

Même dans le monde musulman, le minaret n'a pas de lien avec la teneur de la foi. Les mosquées sises dans les pays musulmans ne sont pas toujours flanquées d'un minaret, beaucoup s'en faut.

Fonction

Architecturalement, le minaret exerce la fonction d'une tour d'alerte pour les croyants, mais aussi d'une tour de surveillance des croyants. Pour certains, le minaret est aussi un emblème de la victoire. Le minaret exprime la volonté d'imposer un pouvoir politico-religieux selon la devise «Nous sommes là et nous ne partirons plus!». Le minaret est donc mis au service d'une revendication qui, par principe, exclut la tolérance en partageant le monde en croyants (les musulmans) et non-croyants (tous les autres). Aussi, le minaret est-il le symbole d'une volonté de pouvoir qui, par principe, ignore la liberté religieuse.

La Constitution fédérale suisse

Le Constitution fédérale suisse protège la liberté de conscience et de croyance (art. 15 cst.). Toute personne adhérant à une commun-

auté religieuse a le droit de se réunir avec d'autres adhérents pour exercer sa foi. Il n'est pas question ici de contester ces droits garantis par la Constitution fédérale. Mais la Constitution fédérale oblige aussi la Confédération et les cantons à veiller à la paix religieuse dans le pays (art. 72 cst.). Elle garantit ainsi la tolérance religieuse: *personne n'a le droit, en invoquant la liberté religieuse, de contester ou de limiter les droits fondamentaux des autres, voire de se soustraire à l'ordre juridique valable en Suisse.*



La revendication d'une exclusivité religieuse et le refus de la tolérance qui en découle à l'égard des adhérents d'autres religions ne sont donc nullement protégées par la Constitution fédérale, bien au contraire: *le refus de la tolérance est une menace pour la paix religieuse* que la Constitution fédérale charge précisément la Confédération et les cantons de protéger.

L'intervention légale

Aucun droit fondamental n'est illimité. La liberté religieuse connaît elle aussi des bornes: lorsque d'autres cherchent à restreindre les droits fondamentaux de tiers, en l'occurrence d'adhérents à d'autres religions, en invoquant la liberté religieuse, le législateur peut, par la voie démocratique, créer des bases légales qui garantissent la protection des droits fondamentaux pour tous.

C'est précisément ce que demande l'initiative pour l'interdiction des minarets: elle veut interdire un symbole de pouvoir politico-religieux qui exclut la tolérance afin de garantir la liberté religieuse pour tous.



Recept Tayyip Erdogan, actuellement premier ministre turc, a déclaré en 1997 lorsqu'il était encore maire d'Istanbul, ce qui suit concernant les minarets en citant un poète turc:

«Notre démocratie est uniquement le train dans lequel nous montons jusqu'à ce que nous ayons atteint notre objectif. Les mosquées sont nos casernes, les minarets sont nos baïonnettes, les coupoles nos casques et les croyants nos soldats.»

Minarets et muezzins

Les organisations islamiques qui demandent un permis de construire un minaret assurent fréquemment que jamais un muezzin n'appellerait du haut du minaret les fidèles à la prière. C'est en donnant des assurances semblables que de nombreuses or-

ganisations musulmanes d'Allemagne ont obtenu ces dernières années des autorisations de construire des minarets.

Or, à peine les minarets étaient-ils en place que ces organisations ont demandé – et obtenu – le droit de recourir un muezzin. C'est une évidence: si on donne l'autorisation de construire des minarets – alors que ni le minaret ni le muezzin ne sont mentionnés dans le coran et d'autres écrits saints de l'islam – on sera forcément aussi contraint d'accorder un muezzin par référence à la liberté religieuse. Partout où retentit le cri «Allah est grand» le règne d'Allah commence – du moins dans la conception des musulmans.

En Allemagne toujours, on assiste depuis peu à un autre développement: de plus en plus d'organisations musulmanes se déclarent certes prêtes à renoncer au muezzin, mais à condition qu'en «contrepartie» il soit interdit aux églises chrétiennes de faire résonner leurs cloches. Ce qui prouve une fois de plus que le minaret et le muezzin n'ont pas de rapport avec le fond de la religion: ils sont uniquement les instruments d'un combat visant à éliminer les autres religions. Il s'agit d'une lutte pour le pouvoir. Le minaret est l'expression d'une volonté de pouvoir politico-religieux. Il n'a rien à voir avec la foi.

Demandez des affiches F4 ou A3 de à l'adresse suivante: Comité d'initiative contre la construction de minarets, Case postale 23, 8416 Flaach, tél. 052 301 31 00 – fax 052 301 31 03, parution sous www.minarets.ch

Interdiction d'égorger les animaux

Des personnes vivent en Suisse qui, pour des raisons religieuses, n'acceptent de consommer que de la viande provenant d'animaux égorgés. Elles se réfèrent certes à la liberté religieuse, mais cela n'empêche que l'égorgement d'animaux est interdit en Suisse. La «liberté religieuse» d'un individu est donc subordonnée à l'interdiction légale d'égorger des animaux.

Comme personne en Suisse ne peut ignorer l'interdiction d'égorger des animaux en invoquant la liberté religieuse, personne ne peut non plus revendiquer le droit, au nom d'une prétendue liberté religieuse, d'ériger des symboles de pouvoir qui rejettent toute tolérance religieuse. La Constitution fédérale charge en effet expressément la Confédération et les cantons (art. 72 cst.) de veiller à la paix religieuse en Suisse. Ce principe ne peut être écarté par personne au nom d'une quelconque liberté religieuse.



11.02.2006: Des musulmans manifestent devant le Palais fédéral. Ils réclament une restriction de la liberté d'expression «par égard aux musulmans» (après l'affaire des caricatures au Danemark).

La Suisse et la crise

En considérant les prises de position de différentes organisations parmi celles-ci «OCDE, le FMI, la BCE, la FED», on note une convergence des points de vue sur la situation économique. Nous avons à faire à la plus grave crise économique depuis la Seconde Guerre mondiale voire depuis 1929. Devant cette situation, on assiste à une agitation sans précédent des dirigeants politiques, les réunions se succèdent à un rythme soutenu, du G4 au G20, plus tous les stades intermédiaires. On a empêché la faillite de nombreuses banques et d'assurances grâce à une intervention massive de l'État, ceci en contradiction avec le principe libéral de la non-intervention de l'État dans l'économie. Cette politique volontariste des Etats-Unis, de l'Angleterre et dans une moindre mesure des autres membres de l'OCDE ont pour l'instant empêché l'aggravation de la crise financière au prix d'une forte augmentation de la dette publique. Même la Suisse s'est engagée sur cette voie en soutenant une banque privée pour une somme qui dépasse les recettes de la Confédération d'une année.

La conséquence de l'intervention de l'État par l'apport de capitaux et la baisse des taux directeurs des banques centrales près de zéro est une reprise de l'indice boursier. Actuellement, deux thèses s'affrontent, d'un côté les optimistes comme Jean-Noël Rey qui prétendent que la crise financière est bientôt surmontée et que l'économie va renouer avec la crois-

sance, de l'autre côté les pessimistes qui voient que sur le fond la situation économique continue à se dégrader et que tôt ou tard les indices boursiers vont rechuter et que cette fois ce sera très grave, car les États ont déjà exploité toutes les mesures d'intervention à leur portée. La thèse des optimistes nous incline à penser que c'est trop beau pour être vrai.

Jusqu'à quel point la thèse des pessimistes est réaliste?

La crise financière n'est pas encore surmontée, les grands instituts hypothécaires des USA ont encore besoin de l'aide de l'État. L'industrie est entrée dans son ensemble en récession, les services commencent à suivre.

Le taux bas du loyer de l'argent qui dope l'économie est pour le court terme, la relance de l'industrie automobile par des primes à la casse est aussi à court terme. On recherche par des mesures à court terme de faire repartir l'économie.

C'est la faiblesse des plans de relance, d'où on peut avoir de sérieux doutes sur leur efficacité, la longue durée n'est pas prise en compte.

Une aggravation de la crise ouvrira la voie à une recomposition de la situation politique. On constate certains signes avant-coureurs, l'ancien chancelier de la RFA, G. Schröder joue la carte russe, il agit pour que le constructeur automobile Opel soit repris par un groupe avec participation russe. Siemens quitte pour le nucléaire sa collaboration avec la France pour rejoindre la firme russe Rosatom.



Le dollar est en crise.

L'Allemagne est un pays dont l'économie est orientée vers l'export, il en va de même pour le Japon. La RFA ne peut maintenir son niveau de vie et ses assurances sociales que si elle exporte. Elle a d'autre part besoin du gaz, du pétrole, de matières premières. Sous la pression des événements, le gouvernement actuellement fidèle serviteur des USA devra réorienter sa politique économique. Des observateurs de la vie politique voient l'émergence d'un monde multipolaire comme avant la Première Guerre mondiale.

Que va devenir la Suisse dans ce contexte?

La Suisse est mal préparée à affronter la crise, la dette publique est d'environ 215 milliards, la part de la Confédération est proportionnellement la plus élevée par rapport aux cantons et aux communes. La Banque Nationale a vendu son or à bas prix dans une période où la confiance dans le papier-monnaie s'effrite.

Les DS se sont opposés à la vente de l'or. Nos assurances sociales sont dans le rouge, plus sollicitées proportionnellement par les employés étrangers.

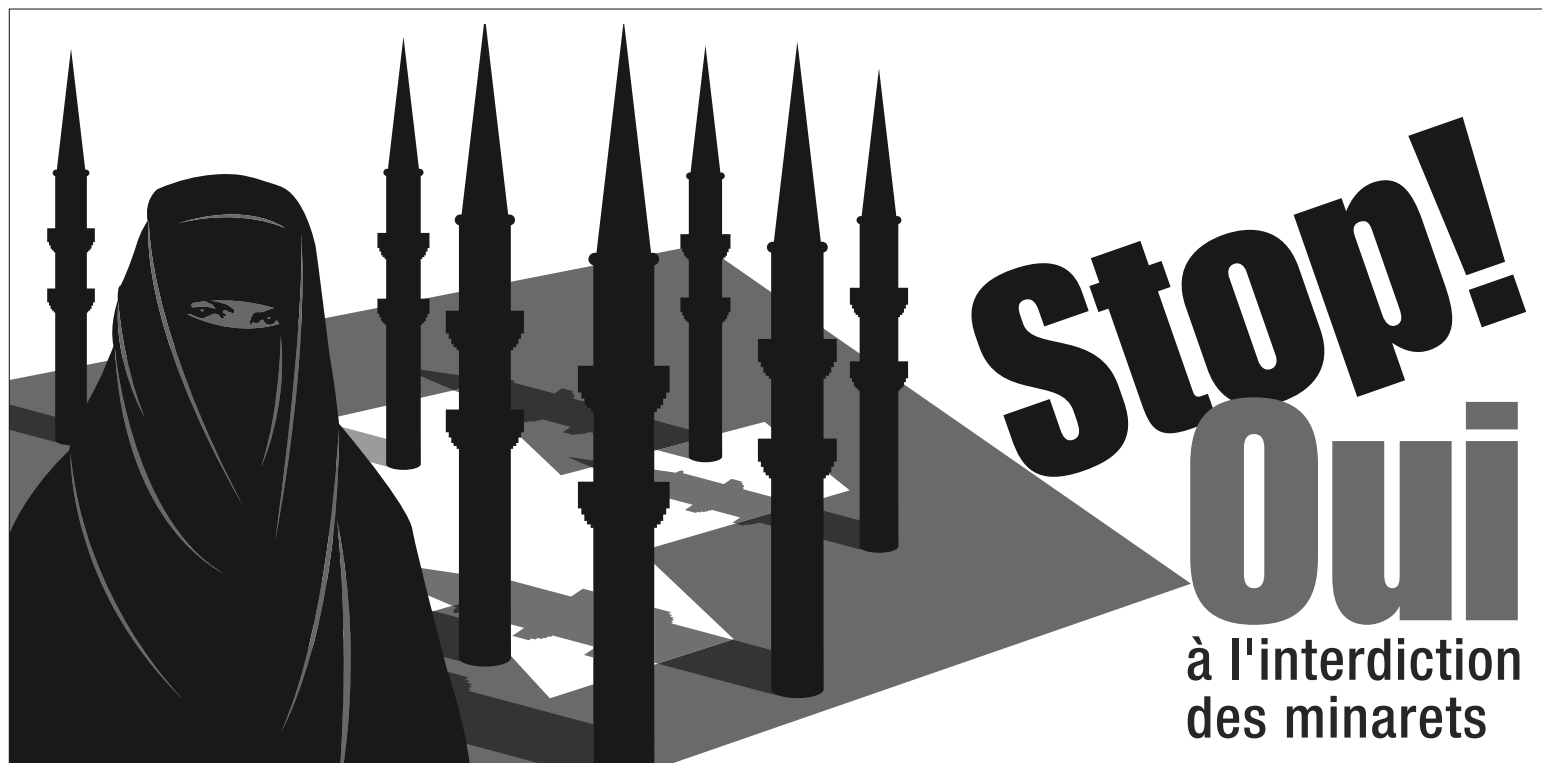
Le Conseil fédéral refuse dans sa recherche forcée d'ouverture d'utiliser l'art. 10 de l'accord sur la libre circulation des personnes pour restreindre l'accès des citoyens de l'EU au marché du travail. On maintient la porte ouverte alors que le chômage augmente, 6,5 % à Genève. Quel aveuglement!

La Suisse est un pays surpeuplé par rapport à ses ressources, on a encore aggravé cette situation par une politique d'immigration.

Ce seront toutes les orientations de la politique du Conseil fédéral depuis des décennies et celles des partis gouvernementaux qui sous la pression des événements seront remises en question.

Dans cette situation, les Démocrates Suisses doivent être présents, notre discours jusqu'à présent a eu une portée limitée. Laisance matérielle, le développement de l'individualisme, la mentalité de consommateur, ont contribué à rendre apathique le citoyen vis-à-vis de la chose publique. Les partis gouvernementaux, les media, les grandes organisations économiques, les syndicats, n'ont cessé de prôner la croissance génératrice de bien-être et de présenter les DS comme des empêcheurs de tourner en rond, voire de nous coller l'étiquette de xénophobes. Un électeur docile suit les consignes de vote du Conseil fédéral. Pour ces gens le réveil sera brutal. L'opinion publique est changeante et notre discours sera entendu. C'est une opportunité à saisir, serrons les rangs, surmontons nos rancœurs.

*Michel Dupont,
vice-président DS, Pully/VD*



**Canton de Genève**

Le MCG se félicite de la baisse d'impôts pour les familles

Les électeurs genevois ont accepté la baisse des impôts pour les familles, ce qui est la meilleure nouvelle de ce week-end. C'est un premier acte favorable pour freiner la dégradation du pouvoir d'achat des résidents genevois, qui sont soumis au grave dumping des frontaliers.

La baisse d'impôts pour les entreprises, qui doivent être encouragées à créer de la richesse dont nous profitons tous. Le MCG se félicite également de cette mesure qui va dans la bonne direction.

Par ailleurs, la campagne qui vient de se dérouler doit inquiéter tous les démocrates sincères. De façon intolérable, le Conseil administratif de la ville de Genève a fait pression sur les fonctionnaires municipaux afin de les obliger à voter contre les baisses d'impôts en faveur de la famille, tout ceci pour redistribuer des millions aux petits copains de la gauche caviar, en faisant payer sa campagne de pub par le contribuable.

Concernant l'interdiction de la fumée dans les lieux publics, le MCG a obtenu que les fumoirs soient possibles dans les cafés et restaurants, lors des débats au Grand Conseil. Cet acquis restera! Nous avons défendu la liberté de vote, notre politique étant de refuser la guéguerre fumeurs-non-fumeurs. Ce résultat a confirmé le précédent scrutin populaire sur le sujet.

C'est avec satisfaction que le MCG prend acte du OUI à l'agrandissement modéré de l'OMC, qu'il



soutenait, et à un projet qui respecte l'environnement. Des groupuscules opposés à toute organisation économique de notre planète et cherchant à imposer une dictature néo-communiste ont trouvé un prétexte: la préservation d'un parc. Certains électeurs se sont laissés abuser et on déplorera le jeu ambigu de l'UDC qui a voté contre l'OMC au Conseil municipal pour tourner sa veste au moment de la votation et lancer un petit oui. L'absence du MCG au Conseil municipal de la ville de Genève se fait cruellement sentir.

Quant au financement de l'AI, la votation de ce dimanche ne résoudra rien. En effet, il s'agit d'une mesure à court terme, avec une hausse de la TVA, mesure facile et sans perspective. C'est tout le système d'assurance-sociale qu'il faut revoir en profondeur pour créer un tout cohérent et pour limiter les abus qui vont continuer. Actuellement, le Conseil fédéral se contente de réformattes.

*Eric Stauffer
président du Mouvement
Citoyens Genevois*

Mauro Poggia et Eric Stauffer

**candidats du MCG pour le Conseil d'Etat:
une force complémentaire au service de Genève!**

Les institutions genevoises traversent une crise profonde, comme l'ont démontré de récentes affaires. Le bureau directeur du MCG a donc pris la décision à l'unanimité, mardi soir, de désigner deux candidats au Conseil d'Etat: Mauro Poggia et Eric Stauffer.

Ces deux personnalités complémentaires ont le courage et les compétences nécessaires, mais aussi la force pour tenir ce défi: **redonner espoir à Genève.**

Mauro Poggia, né en 1959 à Moutier, avocat réputé, s'est fait connaître comme une personnalité courageuse qui n'a jamais eu peur de s'attaquer à des intérêts puissants pour défendre de justes causes. A son actif, il a obtenu de remarquables succès. Ses compétences font autorité dans le domaine du droit, en particulier du droit des patients et des assurés. Il est le président de l'association suisse des assurés ASSUAS.

Eric Stauffer, né en 1964 à Genève, cofondateur et Président du Mouvement Citoyens Genevois, s'est dédié à la protection du peuple genevois de manière peu commune depuis quatre ans. Il a déployé une énergie remarquable pour défendre les Citoyens, affrontant de puissants lobbys, qui n'ont jamais hésité à l'attaquer basement. Eric Stauffer est allé jusqu'à Naples pour empêcher le Conseil d'Etat d'importer des déchets napolitains dangereux. Il s'est battu pour défendre les plus faibles contre la caste des politiciens, des copains et des coquins.

La volonté des deux candidats est d'avoir une économie puissante pour pouvoir disposer d'un social fort pour les Genevois restés sur le carreau, de faire un dogme absolu de la priorité d'emploi aux Genevois, de combattre la criminalité avec une tolérance zéro, de lutter contre les abus des primes d'assurance-maladie, de redonner dignité et respect à nos aînés, de redonner à chacun sa fierté d'habiter Genève et d'être Suisse.

Avec courage et compétence, en faisant preuve de volonté, Mauro Poggia et Eric Stauffer sont prêts à prendre la direction des affaires au Conseil d'Etat, quel que soit le département.

L'Etat de Genève n'est plus respecté comme l'ont démontré de nombreuses affaires: dealers laissés en toute impunité, frontaliers engagés à l'Etat, scandale de la BCGe, bonus honteux du patron des SIG,



politiciens financés par les caisses-maladie, etc., etc.

Mauro Poggia et Eric Stauffer sont prêts à faire le ménage, pour empêcher les actuelles dérives politiciennes de nous conduire au désastre.

Ce sont deux hommes déterminés, deux hommes forts dont Genève a impérativement besoin.

Faisant équipe avec tous les candidats au Grand Conseil, les militants du MCG, les sympathisants et toutes les personnes de bonne volonté, Mauro Poggia et Eric Stauffer, mènent avec enthousiasme l'actuelle campagne électorale pour le Parlement cantonal, première étape avant le Conseil d'Etat.

*Au nom du Bureau Directeur:
Pascal Spuhler, vice-président du
Mouvement Citoyens Genevois*

Action de soutien:

Donnez aux Démocrates Suisses les moyens de poursuivre leur combat politique!

Nous avons malheureusement de mauvaises nouvelles: le nombre de dons et d'abonnements est en recul depuis quelques temps et nous accusons un déficit élevé. La crise économique, le vieillissement de nos membres et lecteurs, ainsi que la résignation croissante des citoyens et citoyennes suisses entraînent une baisse des recettes.

Bien que notre travail en faveur du parti soit fourni majoritairement à titre bénévole, nous restons tributaires du versement ponctuel des abonnements et, surtout, des dons auxquels nos membres et sympathisants consentent. Sans dons, nous serons obligés de restreindre sensiblement notre combat en faveur du peuple et de la patrie.

Même de petits dons nous permettront de poursuivre notre engagement en faveur d'une Suisse fédéraliste et indépendante. Nous vous prions pour cette raison de bien vouloir remplir le bulletin de versement ci-dessous. Au nom de la direction des Démocrates Suisses, nous vous remercions d'avance très chaleureusement de votre soutien.

Démocrates Suisses (DS)

*Ueli Brasser, conseiller municipal,
président DS, Zurich
Markus Borner
ex-membre du Grand Conseil,
vice-président DS, Bâle
Roland Schöni,
administrateur DS, Bönigen*

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
Landrat, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg, e. NR,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Markus Borner, e. Grossrat, Basel
Friedrich Auf der Maur, Volketswil

«Kulturelite» solidarisch mit gesuchtem Kinderschänder?

Die Schweizer Demokraten (SD) staunen über die Reaktionen, welche die Verhaftung des durch internationalem Haftbefehl gesuchten Roman Polanski in den linken Kulturkreisen ausgelöst hat.

Vor weniger als einem Jahr, genau am 30. November 2008, haben die Schweizer Stimmberechtigten die Volksinitiative «für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern» mit knappem Mehr angenommen. Auch Linke und Grüne haben sich damals vehement für die Annahme dieser nicht unproblematischen Initiative eingesetzt. Da es nun einen der Ihren trifft, ist die Empörung und das Unverständnis über diese übrigens rechtsstaatlich absolut korrekte

Verhaftung des Herrn Polanski sehr gross.

Auch die umtriebige SP-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey findet in dieser Angelegenheit selbstverständlich ein Haar in der Suppe und meint, dass es bei der Festnahme von Roman Polanski am «Fingerspitzengefühl» gefehlt habe. Es finden sich auch schon «angesehene» Strafrechtswissenschaftler, die der Meinung sind, dass es in diesem Fall «Raum für andere Entscheidungen» gegeben hätte. Die ganze Angelegenheit



Roman Polanski

zeigt einmal mehr die Verlogenheit der Globalisierer und Weltverbesserer.

Für die SD ist auch die Aussage eines ehemaligen Schweizer Botschafters völlig unrealistisch, wenn dieser meint, dass mit der Festnahme das Ansehen der Schweiz in der Welt einmal mehr gelitten hätte. Gelten denn für prominente kosmopolitische Regisseure andere Gesetze als für «gewöhnliche» Kinderschänder? Und was für ein Signal erhalten potenzielle Kinderschänder, wenn es sich bei einer solchen Straftat angeblich um ein Kavaliärsdelikt handelt?

Schweizer Demokraten (SD)
Ueli Brasser, Gemeinderat,
SD-Zentralpräsident

Abendländische Werte verteidigen!

Sonderspende «Minarett-Verbots-Initiative»

Liebe Mitglieder und
Sympathisanten

Am 29. November 2009 steht uns ein ganz wichtiger Urnengang bevor. Da es sich abzeichnet, dass die SVP die wichtige Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» nur halbherzig und vor allem nicht finanziell unterstützt, müssen wir Schweizer Demokraten einmal mehr «in die Hosen». Wir planen deshalb eine Grossauflage unserer

Parteizeitung und eine Flugblattverteilung. Um diese Kampagne zu führen, sind wir aber einmal mehr auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Jeder Spendenfranken hilft uns, unsere abendländische Kultur gegen fremde Einflüsse zu verteidigen.

Dieser Ausgabe liegt wiederum ein Einzahlungsschein bei. Ihre Spende – ob gross oder klein – ist äusserst willkommen und hilft uns,

unseren Kampf für Volk und Vaterland mit etwas weniger Finanzsorgen weiterzuführen.

Mit freundeidgenössischem Gruss

Ueli Brasser, Gemeinderat Zürich
Zentralpräsident

Markus Borner, e. Grossrat Basel
Vize-Zentralpräsident

Bernhard Hess, e. Nationalrat BE
Zentralsekretär



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Eidgenössische Volksinitiative

für ein Bauverbot von Minaretten!

Ich bestelle: Plakate «Ja zum Minarettverbot»

_____ Stück Plakate Weltformat F4

_____ Stück Plakate A3

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail-Adresse: _____

Adresse: Initiativkomitee «Gegen den Bau von Minaretten», Postfach 23, 8416 Flaach (ZH)
Telefon 052 301 31 00, info@minarette.ch, www.minarette.ch

